

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 25. Juni 1912.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 72.

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Artikel:** Mangel an Maschinensehern? — San Dresden.  
**Korrespondenz:** Nachen. — Darmen. — Bielefeld. — Bielefeld (W. S.). — Duisburg. — Düsseldorf. — Essen. — Friedberg-Bad. — Mannheim-Bühlbach. — Gießen. — Hamborn-Marzloh. — Heide (W. S.). — Herford. — Kaiserslautern. — Kattowitz. — Leipzig. — Olfers (W. S.). — Radlunghausen. — Schweidnitz. — Unna i. W. — Wlad (W. S.). — Wladenburg i. Schl. (W. S.).  
**Kundschau:** Ferien. — Bund der Industriellen und Deutscher Buchdruckerverein. — Festnahme eines internationalen Blattschmugglers. — Der polnischen christlichen „Arbeiterfreunde“ ins Stammbuch. — Vom Nervenmittel „Bismervin“. — Kaufmannschaft und Annuungsmindestpreise. — Ein Bäckerartikel. — Noms Sieg über die christlichen Gewerkschaften. — „Staatsverfallende“ als Straßenapachen. — Wirksame Bekämpfung der Rellame an Eisenbahnstrecken.

### Mangel an Maschinensehern?

In der letzten Zeit hört man des öfteren aus Prinzipalstreifen die Klage, daß ein Mangel an Maschinensehern bestehe, daß man selbst für Geld und gute Worte keinen Maschinenseher erhalten könne.

Auch auf der Breslauer Prinzipalstagung soll diese Frage Gegenstand der Erörterung gewesen sein. Desgleichen beschäftigten sich die Zeitungsverleger auf ihrer kürzlich stattgehabten Hauptversammlung mit dieser Angelegenheit und beschloßen auf Antrag der pfälzisch-süddeutschen Zeitungsverleger eine Subventionierung der bekannten Segmaschinen-Schule in Karlsruhe mit jährlich 1500 Mk.

Diese Klagen beziehen sich nicht auf alle Systeme, sondern sollen nur auf die Linotypen zutreffen. Nun hat die Merzentaler Fabrik bekanntlich ihre Schule erweitert — im letzten Kursus waren in der Fabrik 21 und im Papierhause 3 Lehrlinge —, und die Anmeldungen der Gehilfen zur Erlernung der Segmaschine sind so zahlreich, daß sie oft ein halbes Jahr und noch längere Zeit auf Berücksichtigung warten müssen. Die Karlsruher Schule bildet seit Herbst vorigen Jahres ebenfalls Maschinenseher aus. Das Ausbildungshonorar ist bereits — wohl infolge allzu großer Frequentierung — von 200 Mk. auf 50 Mk. herabgesetzt worden. Ein Teil der Maschinenseher wird in den eigenen Geschäften ausgebildet. Trotzdem soll ein Mangel an Maschinensehern bestehen?

Man studiere einmal die Fachblätter und man wird finden, daß das Angebot der Maschinenseher gewiß nicht klein ist. Mitte Juni waren in Berlin konditionslos: 28 Linotypseher, 16 Typographseher und 3 Monotypseher. Eine Anzahl Maschinenseher steht im Handtag, einige sind auf der Reise. Ein Mangel an Maschinensehern kann also nicht bestehen. (Die Arbeitslosigkeit in Berlin ist im allgemeinen wie auch bei den Maschinensehern mit Umständen verknüpft, die anderswo weniger oder selten bestehen und dann auch immer in milderer Form. Zu den in den allgemeinen Berliner Verhältnissen liegenden Gründen kommt aber noch ein Moment, das zwar kein spezifisches der Buchdrucker, sondern auch bei anderen Arbeiterkategorien dieser Weltstadt zu finden ist, so oder so aber mit seinen Folgen von den Arbeitern unbestreitbar selbst verschuldet wird, daß nämlich niemand in die Provinz will. Die Unverheirateten trifft dieser Vorwurf am meisten. Bekanntlich hat der Berliner Gauvorsteher in der Versammlung am 23. Mai darüber auch lebhaft geklagt, und wir wissen aus eigener Erfahrung, wie schwer es schon gehalten hat, bei absolutem Mangel an Maschinensehern und Maschinenmeister in Leipzig solche von Berlin herüberzubekommen. Nicht einmal nach diesem „Kaff“ mit seinen 20 Proz. Lokalzuschlag und der gewiß nicht ungünstigen Gelegenheit zu weiterer Kondition am Orte wollen die Berliner Arbeitslosen „auswandern“. In Berlin könnte tatsächlich die Arbeitslosigkeit bei jedem Zweige geringer sein, wenn nicht eine heilige, aber ganz unbegründete Scheu vor der Provinz bestehen würde. Diese zu benehmen, ist Aufgabe der berufenen örtlichen Organe. Wir können nur immer wieder auf diese Schattenseite unseres beruflichen Lebens, die auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus zu bedauern ist, hinweisen und zur Remeur aufzuredern. Red.)

Nun trifft ja auch auf die Maschinenseherlehrlinge das Wort zu: Viele fügten sich Berufen, doch nur wenige sind auszuwählen! Und so kommt es, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Lernenden dem Eisernen wieder

Valat sagt bzw. sagen muß. Leider besteht darüber keine Statistik.

Die Gründe sind kurz folgende: Die ungenügende Ausbildung in der Fabrik; die wahl- und planlose Anlernung eines jeden, der sich meldet; die hohen Leistungen, die an den Anfänger gestellt werden; die Abneigung der Prinzipale gegen die Engagierung von Anfängern; die Ignorierung des § 47 seitens eines großen Teils der Prinzipale.

Die ungenügende Ausbildung der Maschinenseher ist bereits Gegenstand der Polemik im „Korr.“ gewesen, und wenn auch dadurch eine teilweise Besserung erzielt worden ist, so darf doch nicht vergessen werden, daß die Maschinen in den Druckereien wesentlich anders aussehen als die in der Fabrik. Was nützt da die — wenn auch geringe — Kenntnis von Ideal, Doppelbeder, Dreibecker, wenn der Anfänger an Maschinen kommt, die im Laufe der Jahre so manchen Sturm erlebt haben!

Die wahl- und planlose Anlernung jedes sich Melbenden hat den Maschinensehern Elemente zugeführt, deren Vorhandensein ihren Vorfahrungen oft hinderlich waren. Auf dem Maschinenseherkongreß in Hannover erklärte deshalb ein Delegierter unter allgemeiner Zustimmung,

### Der „Korrespondent“

unternimmt seine Leser über alles, was ein mit der Zeit schreitender Buchdrucker wissen soll und wissen muß. Mit feinem rdschentlich dreimaligen Erscheinen ist eine so schnelle Information auf allen Gebieten des beruflichen, gewerblichen und gewerkständlichen Lebens ermöglicht, wie sie von keinem anderen Fachblatt erreicht wird. Eine Reihe tüchtiger Mitarbeiter im In- und Ausland unterstützt die Redaktion in dem Streben, den Inhalt des „Korr.“ zu bereichern. Mitglied des Verbandes und Leser des „Korr.“ sein, ist ein Begriff und eine Pflicht.

### Abonnements sofort erneuern!

Nur Postbezug — 65 Pf. vierteljährlich, 44 Pf. zweimonatlich, 22 Pf. monatlich — ohne Bestellgeld.

daß es an der Zeit wäre, diese Elemente von uns zu schütteln, die uns so viel schaden; während früher nur die tüchtigsten Handseher sich der Maschine zuwenden, müsse man leider jetzt das Gegenteil feststellen. Wenn wenig wird danach gefragt, ob der Lernende gesundheitlich den Anforderungen entsprechen kann, die der Maschinenseherberuf an ihn stellt. Das materielle Moment steht hier zu sehr im Vordergrund.

Die hohen Leistungen, die vom Anfänger verlangt werden (6000 Buchstaben nach Ablauf der dreizehnwöchigen Lehrzeit), stehen in gar keinem Verhältnis zu dem in der Praxis Möglichen. Im vorigen Jahre schrieb ein Kollege im „Korr.“, daß vier Fünftel aller Maschinenseher nicht die 6000 Buchstaben fröhlich im Durchschnitt leisten. In der Tat ist die Leistung von 6000 Buchstaben Stunde für Stunde eine sehr gute. Um diese zu erzielen, bedarf es einer Tätigkeit von einhalb bis zwei Jahren. Was auch sehr oft die Prinzipale bestärken, die in Inseraten nur Seher mit mindestens zwölfjähriger Praxis suchen und auch oft noch betonen, daß sie keinen Anfänger wünschen.

Diese Abneigung der Prinzipale gegen Anfänger ist es, die viele Kollegen veranlaßt, der Maschine den Rücken zu kehren. Was sollen sie auch weiter tun? Ihre Spargroschen sind während der Lehrzeit draufgegangen. Bei den Prinzipalen finden sie verschlossene Türen. Die wenigen erworbenen Kenntnisse gehen bald wieder verloren, und der Anfänger ist so schlau wie vorher. Hat der Anfänger aber einmal das seltene Glück, nach seinem Austritt aus der Fabrik Stellung zu finden, so kann er in den allermeisten Fällen sicher sein, daß er bald von einem besseren Seher abgelöst wird, den der Prinzipal

sich inzwischen verschrieben hat, denn nur der dringenden Not folgend, wurde der Anfänger engagiert.

Trotz alledem gibt es Maschinenseher noch genug. Aber dennoch kann man die Klage der Prinzipale, es mangle an Maschinensehern, nicht ohne weiteres beiseite legen. Nur muß man sie spezialisieren, und als Kenner der Verhältnisse muß ich zugeben: Es besteht ein Mangel an tüchtigen, technisch gut ausgebildeten Maschinensehern! Aber dieser Mangel tritt nur dann zutage, wenn die Prinzipale vorübergehend viel zu tun haben und für einige Zeit ihren Betrieb erweitern müssen. Hier müssen dann die Prinzipale mit dem Materiale vorliebnehmen, was vorhanden ist. Eine Tatsache, die ja nicht nur auf die Maschinenseher zutrifft. Ist dann die besondere Arbeitsperiode vorbei, so liegen die Kollegen wieder auf dem Nachweis und warten auf neue Aushilfen. Letztere haben besonders in Berlin einen Umfang angenommen, wie man es nicht für möglich halten sollte: bis herunter zu zwei Tagen verlangt man nur tüchtige Seher!

Interessant wäre es, zu erfahren, von welcher Seite die Klagen über den Mangel an Maschinensehern gekommen sind: aus der Provinz oder aus der Großstadt. Ich vermute ganz sicher aus der Provinz. Denn in jeder Maschinenseherversammlung findet man bei Neuaufnahmen ältere Kollegen aus der Provinz, die durch Anzeigen oder durch Vermittlung der Fabriken in der Großstadt Kondition erhalten haben.

Gerade die Großstadtfirmen machen sich über die Besetzung ihrer Maschinen wenig Kopfzerbrechen. Der § 47 wird so viel wie möglich ignoriert. Die Provinz liefert ihnen schon die notwendigen Kräfte.

Nun kann man sich ja die Lage des Prinzipals in der Provinz vorstellen, dem sein Kollege in der Großstadt keine Seher wegschnappt, die er sich mit Mühe selbst angeeignet hat. Es bleibt ihm nichts anderes übrig, als wieder Handseher an seiner Maschine anzulernen, oder er muß die Gehilfen zu sich nehmen, die die Prinzipale in der Großstadt nicht haben wollen. Und in der Tat finden die Anfänger ihre ersten Stellen in den Provinzdruckereien, die sie, wenn sie aus der Großstadt stammen, nur als Ausbildungsstätte benutzen, um bei passender Gelegenheit wieder in dieselbe zurückzukehren.

Soviel wie mir bekannt ist, haben sich Prinzipale der Großstädte noch nicht über Mangel an guten Maschinensehern besorgt. Wenn aber die Provinzfirmen unter einem solchen Leiden, dann sollen sie nicht die Schuld den Gehilfen geben, sondern sie können sich bei ihren Kollegen in den Großstädten dafür bedanken, die die Bestimmungen der §§ 47 und 48 Abs. 2 für sich nicht beanspruchen, sondern deren Erfüllung den Provinzdruckern überlassen. Kaufmännisch ist dieser Standpunkt der richtige, ob er dem Gewerbe dienlich ist, kommt weniger in Frage.

Bei Erörterung der vorstehenden Angelegenheit muß aber auch einmal das Augenmerk der Segmaschinenbesitzer auf einen Punkt gelenkt werden, den man bisher übersehen hat und für ganz selbstverständlich hielt: die Qualität der deutschen Maschinenseher in technischer Beziehung. Unser Tarif verlangt von den Maschinensehern nur die Buchstabenleistung, nichts weiter; für diese Buchstabenzahl zahlt er den Lohn fest. Nichts steht im Tarife, daß der Seher auch guter Kenner des komplizierten Mechanismus zu sein hat; daß er imstande sein muß, Störungen zu beseitigen, Reparaturen auszuführen usw. Der § 55 des Tarifs spricht nur von einer sachgemäßen Behandlung, bezieht sich nicht und kann sich nicht beziehen auf die vorstehend angeführten Manipulationen, die die Prinzipale heute von Maschinensehern verlangen und ohne die ein solcher in Deutschland nicht denkbar ist.

Und was tut die Prinzipalität in dieser Beziehung? Nichts! Und erkennt man seitens der Prinzipale diese technischen Fähigkeiten der Maschinenseher an? In den seltensten Fällen nur, und hier sind es gerade die Provinzprinzipale, die den Wert solcher Fähigkeiten ihrer Seher zu schätzen wissen; in der Mehrzahl aber steht man auf dem Boden des Tarifs.

Um nicht zu weit vom eigentlichen Thema abzuschweifen, soll dieser Punkt diesmal nicht weiter erörtert werden. Aber es war notwendig, darauf hinzuweisen, da beim Thema Maschinensehermangel die Frage der Anfänger und deren Unfähigkeit in der technischen Behandlung der Maschine während der ersten Jahre eine bedeutende Rolle spielt.

Wenn wir zum Schluß an die Lösung der Frage des sogenannten Maschinenmangels treten wollen, so ist das nicht Aufgabe der Gehilfen. Sie tun das Frigige in dieser Hinsicht unter Opferung ihrer Spargroschen; sie finden nur nicht die nötige Anerkennung und Unterstützung der Prinzipale, denen doch auch der Tarif in dieser Beziehung zu Hilfe kommt.

Die Lösung der Frage ist vielmehr Sache der Gesamtmaschinenbesitzer in den Großstädten, und als Nichtschonur mögen sich diese die Bestimmungen des Gesamtmaschinenarbeitsgesetzes nehmen, die, wenn sie befolgt werden, auch bald die Klagen über den Mangel an Maschinenbesitzern verstummen lassen werden.

Argos.

## Gau Dresden.

Am 16. Juni hielt der Dresdner Gauverein im großen Saale des „Volksbaus“ in Dresden seine diesjährige ordentliche Hauptversammlung ab.

Gauvorsitzer Wendtsche begrüßte die Erschienenen, besonders unsern Verbandsvorsitzenden Döblin, auf das herzlichste und sprach den Wunsch aus, daß auch diese Verhandlungen zum besten der Organisation und unsres Gauvereins ausfallen mögen. Die Verlesung der Präferenzliste ergab die Unwesenheit von sämtlichen 73 gewählten Delegierten, wovon die Provinz 40 und Dresden 33 stellte. Zu Schriftführern wurden gewählt die Kollegen Schalle und Schröder. Kollege Wendtsche widmete hierauf den im letzten Jahre durch Tod abgegangenen Mitgliedern und invaliden Kollegen einen kurzen Nachruf und gedachte hierbei auch des im laufenden Jahre verstorbenen Kollegen Emil Nisch, ihn als ein besonders eifriges und tätiges Verbandsmitglied bezeichnend. Zu Ehren der Verstorbenen erhob die Versammlung von den Vätern.

Zum Verichte des Gauvorsitzers über die tarifliche Lage des Gaus bemerkte Kollege Wendtsche, daß das verfloßene Jahr eines der ereignisreichsten gewesen sei infolge Abschlußes und Inkrafttretens des neuen Tarifs. Bis auf einige Kleinigkeiten sei die Durchführung glatt vonstatten gegangen. Gleich zu Anfang gab es eine Differenz in Dresden betreffs der Feiertagsbezahlung, die aber durch die Tarifinstanzen zugunsten der Gehilfen entschieden wurde. Klärung habe der Tarif auch gebracht durch die Festlegung der Zeitkontingentgrenze um Dresden, was aber Differenzpunkte zeitigte in den Lohnhörschichten und dem Plauenischen Grunde. Während im ersteren Falle die Sache bald beigelegt wurde, hatte sich im andern Falle als letzte Instanz das Tarifamt damit zu beschäftigen. Beschlossen wurde, daß bis 1. Oktober 1913 der Dresdner Lohnaufschlag gesahlet werden muß. In der Provinz kam es in Neuslaga zum Konflikt, wo unsere Kollegen die Arbeitsstelle verließen. Für Württemberg wurde ein Kompromiß dahingehend getroffen, daß vom 1. Juli ab halbjährlich eine wöchentliche Zulage von 50 Pf. erfolgen soll, um die untarifliche Bezahlung zu beseitigen. Hier bestehen noch insofern ungunstige Verhältnisse, als ein großer Teil der dortigen Gehilfen unsrer Organisation noch fernsteht. Mehrmals unternommene Versuche, Besserung zu schaffen, führten leider zu keinem Resultat. Eine Differenz in Naumburg wurde durch Vermittlung des Gauvorsitzandes geregelt. Eine Angelegenheit in Herrnhut, Meinungsverschiedenheit bei Auslegung der Ausnahmestimmung nach § 4 Abs. 3 betreffend, wurde dem Zittauer Schiedsgericht zur Regelung überwiesen. Auch in Schemitz wurde versucht, tarifliche Verhältnisse zu schaffen. Während der Prinzipal Wöhme sich nicht geneigt zeigt, irgendwelche Konzessionen zu machen, scheint die Angelegenheit bei der andern Firma des Orts eher Erfolg zu versprechen. Das Verhältnis mit den Prinzipalen sei jetzt in Dresden ein etwas besseres, und nur zu wünschen, daß es im Interesse der tariflichen Sache so bleiben möge. Die ständigen Klagen über den Nachweis führten zu einer Aussprache zwischen Prinzipalen und Gehilfen, wobei dem Arbeitsnachweisverwalter Unregelmäßigkeiten nicht nachgewiesen werden konnten. Die Vorarbeiten über die Nachweise möchten unsere Kollegen genau beachten. Vor Annahme einer Kondition nach auswärts darf die Anfrage nicht unterlassen werden. Aus Verfehlungen oder Unterlassungen entstehende Konsequenzen hätten sich unsere Kollegen dann selber zuzuschreiben. Redner vermahnte noch kurz auf den in Dresden abgehaltenen Gewerkschaftskongreß, der Beschlüsse faßte, die auch für die Mitglieder unsrer Organisation von Segen sein werden, und ging sodann auf den Geschäftsabschluß des Dresdner „Volksbaus“ ein. Eine Beteiligung an den Kosten für den Erweiterungsbau lehnte der Gauvorsitzander ab, da er der Meinung ist, daß diese Frage für uns Buchdrucker nicht so brennend sei. Kollege Wendtsche kam sodann noch auf die Bezirksversammlungen zu sprechen; hier sei der Vorstand mehrmals gezwungen gewesen, Wünsche abzulehnen, z. B. Bezirksversammlungen an einem andern als dem Vorort abzuhalten. Wo es notwendig war, sei dem Verlangen Rechnung getragen, sonst aber müsse aus finanziellen Gründen davon abgesehen werden.

Anschließend hieran gab Kollege Steinbrück den Bericht des Verwalters. Die Einnahmen in sämtlichen Klassen (mit Einschluß des Dresdner Buchdruckervereins) beliefen sich im Berichtsjahr auf 205255,90 Mk., denen eine Ausgabe von 187040,74 Mk. gegenübersteht. Veranschlagt man, daß bei einem Mitgliederstande von nur 225 187 (1911) Mk. für Unterstellungen ausgegeben wurden, so erscheint unser Gauverein zu recht als die Bank des armen Mannes und unsre Organisation als

ein sicherer Hort in allen Lebenslagen. Was unsern Gau anbetrifft, so hat die Verbandskasse recht gut abgeköpft, denn während der vorletzte Jahresabschluß noch ein Defizit von 4194,70 Mk. aufwies, und das Vorjahr einen Überschuß von 3502,73 Mk. erzielte, konnten wir im Berichtsjahre 18506,15 Mk. an die Hauptkasse abliefern. Das entspricht einerseits einer Mehreinnahme von 3984,20 Mk. aus Beiträgen und andererseits einer Minderausgabe von 8886,25 Mk. an Arbeitslosenunterstützung. Wir haben uns schon so an die hohen Ausgabenposten für Arbeitslosenunterstützung gewöhnt, daß wir die Ausgabe von nur 33687,50 Mk. als ein gutes Jahr bezeichnen. Auch die Krankenunterstützung ist im Berichtsjahr um 1740,20 Mark zurückgegangen. Die Gaukasse verzeichnet nur den geringen Überschuß von 2681,40 Mk. Gewiß ist auch hier der Arbeitslosenzuschuß zurückgegangen, von 12456 auf 9740 Mk., dafür aber steigerten sich die Krankenzuschüsse, besonders nach § 10, der ein halbes Jahr Ersatz leistet an die aus der Ortskrankenkasse ausgeschleuderten Kollegen. Dazu kommen noch einige andre Ausgaben, wie Anschaffung von neuen Tarifen, die an unsre Mitglieder gratis verteilt wurden usw. Mit der Zunahme der Mitglieder hat das Wachstum des Vermögens nicht Schritt gehalten, denn im Vorjahr entfielen auf das Mitglied 23,90 Mk., im Berichtsjahr aber nur 23,86 Mark. Der Ausbau der Arbeitslosenunterstützung hat in günstiger Weise auf die Reisenden eingewirkt. Die Zahl der Reisenden mit weißer Legitimation ist zurückgegangen, 1909: 466, 1910: 427, 1911: 412. Redner gab der Meinung Ausdruck, daß man diese günstige Wirkung wohl mit auf Rechnung der Gegenseitigkeit der Gauzuschüsse setzen könne. Kollege Steinbrück ging sodann auf das Verhältnis mit den Provinzorten ein und erklärte, daß einzelne Mitgliedschaften viel zu hohe Erschüsse zurückbehielten, was in Zukunft auf alle Fälle vermieden werden müßte. Redner warnte des weiteren dringend davor, Vorwürfe irgendwelcher Art zu geben, da in letzter Zeit verschiedentlich Schwindler ihr Gewerbe auch in unserm Beruf und unsrer Organisation, mehrfach mit Erfolg, auszuüben trachteten. Kranke reisende Kollegen seien dem nächsten Krankenhaus zu überweisen oder darauf aufmerksam zu machen, daß sie sich an das Verwaltungsbureau in Dresden zu wenden hätten, wo dann das Nötige veranlaßt werde. Auf alle Fälle sei mit Vorwürfen äußerst vorsichtig zu verfahren.

In der Debatte sprach Kollege Weyel (Dresden) über die Arbeitszeit der Maschinenbesitzer in Döblin. Eine Dresdner Firma habe das Berechnen eingeführt. Kollege Zahn beantragte im Namen der Revisoren die Aussprache der Jahresrechnung und Entlastung des Kassierers, da bei den vorgenommenen Revisionen alles in bester Ordnung vorgefunden wurde. Auf Anfrage des Kollegen Kohnschmidt (Freiberg) gab Kollege Döblin Auskunft über den Konflikt der Notationsmaschinenmeister bei Scherff's in Berlin, der vollständig erledigt sei. Verschiedene Gauangelegenheiten resp. Anfragen und Wünsche in tariflicher Beziehung wurden noch vorgebracht und besprochen, während Kollege Hille (Zittau) die Erweiterung der Leistungen der Dresdner Witwen- und Waisenkasse diskutiert haben wollte. Kollege Steinbrück warnte dringend davor, da auch im Gau die Witwen zuzunehmen und die Ansammlung eines entsprechenden Fonds notwendig sei. Kollege Kohnschmidt (Freiberg) wünschte Aufschluß darüber, was auf der Konferenz der drei sächsischen Gaus verhandelt worden sei. Kollege Wendtsche erklärte dazu, daß es sich hierbei um Stellungnahme zur Tarifrevision handelte, speziell wegen Arbeitsnachweis und Schiedsgericht. Damit war die Diskussion erschöpft und es erfolgte hierauf die einstimmige Genehmigung der Jahresrechnung.

Nach der Mittagspause hielt Kollege Döblin in einer Referat über „Die Situation im Buchdruckgewerbe“. Wenn unser Verbandsvorsitzender einleitend bemerkte, daß er nicht die Absicht habe, einen historischen Entwicklungsgang zu geben, sondern aus der Situation heraus ein Bild entwerfen wolle, so entsprach der etwa einstündige Vortrag voll und ganz der gestellten Aufgabe. Alle die unterschiedlichen Strömungen im gewerblichen und tariflichen Leben fanden eingehende Würdigung und konnte Kollege Döblin nachweisen, daß trotz aller Anfeindungen unser Verband seinen altbewährten, sicheren Weg gehe. Daß der Tarifgedanke im Buchdruckgewerbe festen Boden gefunden, beweise, daß ohne Schwerförmigkeit nennenswerte Erfolge erzielt wurden. Die ganze Situation dränge dazu, mit der Prinzipalität zusammenzugehen, um das zu erhalten, was allerdings ein Teil beseitigt wissen wolle. Anschließend behandelte Kollege Döblin die Generalversammlung des Deutschen Buchdruckervereins und die Kampfstimmung, die unter einem Teile der Prinzipale herrsche. Die Wünsche unsrer Mitglieder auf mehr Mitbestimmungsrecht bei künftigen Tarifabschlüssen und Festimmung der Zaktel sei nicht möglich, das müsse den gewählten Vertretern überlassen bleiben. Zeit und Verhältnisse müßten begriffen werden. Eine einige, starke Organisation der Gehilfen, die einen gutgeführten Kassenbestand ihr eigen nenne, werde allen Angriffen und Zersplitterungsversuchen standhalten. Der reiche Beifall und der Verzicht jeder Diskussion war wohl der beste Beweis dafür, daß Kollege Döblin das Nötige getroffen hatte. Gauvorsitzer Wendtsche dankte dem Referenten für die instruktiven Darlegungen und ersuchte die Delegierten, im Sinne des Referats in ihren Kreisen zu wirken.

Den Antrag der Mitgliedschaft Oberbach:

Der Gauvorsitzander wird ersucht, dem Gautag einen Entwurf über die Rechte und Pflichten der Bezirksvereine zur Beschlußfassung zu unterbreiten,

begründete Kollege Jügel, der beim Gauvorsitzander das nötige Verständnis für die Wünsche der Bezirksvereine und Provinzorte vermittle. Die Kollegen der umliegenden Bezirksorte seien schwer zu erreichen, und da müßte der Bezirksvorsitzende in der Lage sein, die betreffenden Kollegen aufzusuchen. Die Rechte der Bezirksvereine müßten festgelegt werden, damit man wisse, wie weit man gehen könne. Über den Antrag entwickelte sich eine längere Diskussion, in der die Kollegen Köhler und Jätsche (Wangen), Hille (Zittau), Pietsch (Weißens), Rückauer (Großhain) sich im Sinne des Referenten äußerten. In der Debatte beteiligten sich ferner die Kollegen Schmieber (Weinböhla) und Schröder (Dresden). Kollege Steinbrück machte darauf aufmerksam, daß der Gautag im vorigen Jahre zu einer Vorlage des Gauvorsitzandes Stellung genommen und beschlossen habe, daß zwei Bezirksversammlungen auf Kosten der Gaukasse abgehalten werden können. Eine anderweite Regelung könne nur auf Grund positiver Anträge geschehen, die auf der Tagesordnung ständen, damit auch die Mitgliedschaft Dresden in der Lage sei, darüber vorher zu diskutieren. Die Kollegen Wendtsche und Zahn (Dresden) äußerten sich in gleichem Sinne, worauf auf Vorschlag des Kollegen Freitag (Dresden) der Antrag zurückgezogen wurde mit dem Hinweis, daß ein ausgearbeiteter diesbezüglicher Antrag den nächstjährigen Gautag beschäftigen werde.

Den Antrag Birna:

Auslegungen und neue Kommentierungen einzelner Bestimmungen des revidierten Tarifs sind auf tunlichste Art — sei es durch Veröffentlichung im „Forr.“, sei es durch den selben oder durch Verlesung direkt an die Mitgliedschaften — und so rasch wie möglich den Mitgliedern zur Kenntnis zu bringen, begründete Kollege Gyporowitsch, der darauf hinwies, daß der § 6 des Tarifs zu Mißverständnissen geführt habe. Er gab eine ausführliche Darstellung eines solchen Falles und betonte, daß es unbedingt nötig sei, die Vertrauensleute von neuen Kommentierungen sofort in Kenntnis zu setzen.

In der Debatte beteiligten sich die Kollegen Reichenbach, Schmalzer (Neustadt), Steinbrück und Freitag (Dresden). Kollege Döblin hielt es für taktisch unglücklich, alle Beschlüsse des Tarifamts zu veröffentlichen und empfahl dem Antragsteller die Zurückziehung des Antrags, während Kollege Wendtsche darauf hinwies, daß, soweit es angängig wäre, neue Kommentierungen den Vertrauensleuten zur Kenntnis gebracht werden sollen. Unter dieser Voraussetzung wurde der Antrag darauf zurückgezogen.

Die Beiträge wurden in alter Höhe belassen.

Die Remuneration für die Mitglieder des Gauvorsitzandes wurde in etwas aufgebessert, und zwar erhalten der erste Vorsitzende 20 Mk. mehr, der zweite Vorsitzende 15 Mk. (dieses Mehr gegenüber dem ersten Vorsitzenden wurde vorgeschlagen wegen gesteigerter Verantwortung bei Erledigung der Geschäfte als Gehilfenvorsitzender des Tarifschiedsgerichts), der Kassierer 100 Mk., in zwei Jahren abermals 100 Mk., und die Revisoren je 15 Mk. mehr.

Für die vorzunehmende Neuwahl des Gauvorsitzers und dessen Stellvertreter wurden wiederum Kollege Wendtsche als erster und Kollege Reichenbach als zweiter Vorschläge in Vorschlag gebracht.

Der nächste Gautag findet wie bisher in Dresden statt.

Beim letzten Punkte der Tagesordnung befaßte sich Kollege Haase (Maderbeul) über die durch den Gauvorsitzander vorgenommene Neueinteilung der Wahlbezirke und protestierte gegen die Auseinanderreißung bisher zusammengehöriger Orte. Kollege Wendtsche erklärte dazu, daß ihm und Kollegen Steinbrück eine böse Mißstimmung entgegen habe. Über durch die Mitgliederzunahme in Großenhain sei eine Neueinteilung notwendig geworden, wobei es allerdings auch der Gauvorsitzander nicht allen Mitgliedern recht machen können.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Nach einem Nekrolog des Gauvorsitzers und der Verlesung des Protokolls wurde der Gautag kurz nach 7 Uhr mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

## Korrespondenzen.

**Nachen.** In der am 15. Juni stattgehabten Monatsversammlung erfolgte zunächst die Bekanntgabe zweier Zirkulare des Gauvorsitzandes. Einigen Gewohnheitsrestanten wurde eine Frist bis zum Quartalsabschluß gestellt, um ihren Verpflichtungen nachzukommen, widrigenfalls Ausschluss erfolgt. Hierauf referierte Vorsitzender H. Wilmis über die Vorommnisse nach der Tarifrevision auf organisatorischem und tariflichem Gebiete, besonders darauf hinweisend, in welcher Art und Weise die Prinzipale sich schon jetzt auf die nächste Tarifrevision vorbereiteten. Betreffs der auf der Ködner Kreisversammlung der Prinzipale Rheinland-Westfalens erfolgten Beschuldigungen gegen die Verbandsgehilfen wurde an verschiedenen drastischen Beispielen speziell aus dem Bezirk Nachen nachgewiesen, daß Terrorismusfälle gerade vor seinen des Untenberghundes und dessen Hintermännern zu vergleichen waren. Auch wurde die Behauptung, daß die Gehilfen mit ihrer Arbeitsleistung zurückfielen, entschieden zurückgewiesen, da solches bei der in den meisten Betrieben herrschenden Arbeitsweise und der eingeführten Kontrolle vollständig ausgeschlossen sei. Der Vorschlag schlug vor, der auf der Ködner Kreisversammlung angenommenen Resolution einmütig zuzustimmen, welchem Antrage Folge gegeben wurde. Weiter wurde beschlossen,



Wenn wir zum Schluß an die Lösung der Frage des sogenannten Maschinenfehlmangels treten wollen, so ist das nicht Aufgabe der Gehilfen. Sie tun das Ihre in dieser Hinsicht unter Opferung ihrer Spargroschen; sie finden nur nicht die nötige Anerkennung und Unterstützung der Prinzipale, denen doch auch der Tarif in dieser Beziehung zu Hilfe kommt.

Die Lösung der Frage ist vielmehr Sache der Sejmächtenbesitzer in den Großstädten, und als Nichtschon mögen sich diese die Bestimmungen des Sejmmaschinenenttarifs nehmen, die, wenn sie besser besorgt werden, auch bald die Klagen über den Mangel an Maschinenfeuern verstimmen lassen werden.

Argos.

## Gau Dresden.

Am 16. Juni hielt der Dresdner Gauverein im großen Saale des „Volksbaus“ in Dresden seine diesjährige ordentliche Hauptversammlung ab.

Gauvorsteher Wendische begrüßte die Erschienenen, besonders unsern Verbandsvorsitzenden Döblin, auf das herzlichste und sprach den Wunsch aus, daß auch diese Verhandlungen zum besten der Organisation und unsres Gauvereins ausfallen mögen. Die Verlesung der Präsenzliste ergab die Anwesenheit von sämtlichen 73 gewählten Delegierten, wovon die Provinz 40 und Dresden 33 stellte. Zu Schriftführern wurden gewählt die Kollegen Schalle und Schröder. Kollege Wendische widmete hierauf den im letzten Jahre durch Tod abgegangenen Mitgliedern und invaliden Kollegen einen kurzen Nachruf und gedachte hierbei auch des im laufenden Jahre verstorbenen Kollegen Emil Miß, ihn als ein besonders eifriges und tätiges Verbandsmitglied bezeichnend. Zu Ehren der Verstorbenen erlosb sich die Versammlung von den Plagen.

Zum Verichte des Gauvorstehers über die tarifliche Lage des Gaus bemerkte Kollege Wendische, daß das verfloßene Jahr eines der ereignisreichsten gewesen sei infolge Abschlußes und Inkrafttretens des neuen Tarifs. Bis auf einige Kleinigkeiten sei die Durchführung glatt vonstatten gegangen. Gleich zu Anfang gab es eine Differenz in Dresden betreffs der Feiertagsbegablung, die aber durch die Tarifinstanzen zugunsten der Gehilfen entschieden wurde. Klärung habe der Tarif auch gebracht durch die Festlegung der Zehnkilometergrenze um Dresden, was aber Differenzpunkte getilgte in den Wöhnhortbesitzungen und dem Plauenischen Grunde. Während im ersteren Falle die Sache bald beigelegt wurde, hatte sich im andern Falle als letzte Instanz das Tarifamt damit zu beschäftigen. Beschlossen wurde, daß bis 1. Oktober 1913 der Dresdner Vorkaufszug gezahlt werden muß. In der Provinz kam es in Neufazla zum Konflikt, wo unsere Kollegen die Arbeitsstelle verließen. Für Wurzler wurde ein Kompromiß dahingehend getroffen, daß vom 1. Juli ab halbjährlich eine wöchentliche Zulage von 50 Pf. erfolgen soll, um die untarifliche Begablung zu beseitigen. Hier bestehen noch insofern unangünstige Verhältnisse, als ein großer Teil der dortigen Gehilfen unserer Organisation noch fernsteht. Mehrmals unternommene Versuche, Besserung zu schaffen, führten leider zu keinem Resultat. Eine Differenz in Naunhof wurde durch Vermittlung des Gauvorstandes geregelt. Eine Angelegenheit in Hernhut, Meinungsverschiedenheit bei Auslegung der Ausnahmebestimmung nach § 4 Abs. 3 betreffend, wurde dem Zittauer Schiedsgerichte zur Regelung überwiesen. Auch in Sebnitz wurde versucht, tarifliche Verhältnisse zu schaffen. Während der Prinzipal Wöhme sich nicht geneigt zeigt, irgendwelche Konzessionen zu machen, scheint die Angelegenheit bei der andern Firma des Orts eher Erfolg zu versprechen. Das Verhältnis mit den Prinzipalen sei jetzt in Dresden ein etwas besseres, und nur zu wünschen, daß es im Interesse der tariflichen Sache so bleiben möge. Die ständigen Klagen über den Nachweis führten zu einer Aussprache zwischen Prinzipalen und Gehilfen, wobei dem Arbeitsnachweisverwalter Unregelmäßigkeiten nicht nachgewiesen werden konnten. Die Vorschriften über die Nachweise möchten unsere Kollegen genau beachten. Vor Annahme einer Kondition nach auswärts darf die Anfrage nicht unterlassen werden. Aus Verfehlungen oder Unterlassungen entstehende Konsequenzen hätten sich unsere Kollegen dann selber zuzuschreiben. Redner vermahnt noch kurz auf den in Dresden abgehaltenen Gewerkschaftskongreß, der Beschluß faßt, die auch die Mitglieder unserer Organisation von Segen sein werden, und ging sodann auf den Geschäftsabschluß des Dresdner „Volksbaus“ ein. Eine Beteiligung an den Kosten für den Erweiterungsbau lehnte der Gauvorstand ab, da er der Meinung ist, daß diese Frage für uns Buchdrucker nicht so brennend sei. Kollege Wendische kam sodann noch auf die Bezirksversammlungen zu sprechen; hier sei der Vorstand mehrmals gezwungen gewesen, Wünsche abzulehnen, z. B. Bezirksversammlungen an einem andern als dem Vorort abzuhalten. Wo es notwendig war, sei dem Verlangen Rechnung getragen, sonst aber müsse aus finanziellen Gründen davon abgesehen werden.

Anschließend hieran gab Kollege Steinbrück den Bericht des Verwalters. Die Einnahmen in sämtlichen Klassen (mit Einschluß des Dresdner Buchdruckervereins) beliefen sich im Berichtsjahr auf 205255,00 Mk., denen eine Ausgabe von 187040,74 Mk. gegenübersteht. Verücklichtigt man, daß bei einem Mitgliederstande von nur 2225 187000 Mk. für Unterhaltungen ausgegeben wurden, so erscheint unser Gauvureau so recht als die Bank des armen Mannes und unsre Organisation als

ein sicherer Hort in allen Lebenslagen. Was unsern Gau anbetrifft, so hat die Verbandskasse recht gut abgeköhnt, denn während der vorletzte Jahresabschluß noch ein Defizit von 4194,70 Mk. aufwies, und das Vorjahr einen Überschuß von 3502,73 Mk. erzielte, konnten wir im Berichtsjahre 18506,15 Mk. an die Hauptkasse abliefern. Das entspricht einer Mehrerinnahme von 3984,20 Mk. aus Beiträgen und andererseits einer Minderausgabe von 8886,25 Mk. an Arbeitslojenunterstützung. Wir haben uns schon so an die hohen Ausgabeposten für Arbeitslojenunterstützung gewöhnt, daß wir die Ausgabe von nur 33687,50 Mk. als ein gutes Jahr bezeichnen. Auch die Krankenunterstützung ist im Berichtsjahr um 1740,00 Mark zurückgegangen. Die Kaufasse verzeichnet nur den geringen Überschuß von 2681,40 Mk. Gewiß ist auch hier der Arbeitslojenzuschuß zurückgegangen, von 12456 auf 9740 Mk., dafür aber steigerten sich die Krankenzuschüsse, besonders nach § 10, der ein halbes Jahr Ersatz leistet an die aus der Ortskrankenkasse ausgesteuerten Kollegen. Dazu kommen noch einige andre Ausgaben, wie Anschaffung von neuen Tarifen, die an unsre Mitglieder gratis verteilt wurden usw. Mit der Zunahme der Mitglieder hat das Wachstum des Vermögens nicht Schritt gehalten, denn im Vorjahr entfielen auf das Mitglied 23,90 Mk., im Berichtsjahr aber nur 23,86 Mark. Der Ausbau der Arbeitslojenunterstützung hat in günstiger Weise auf die Reisenden eingewirkt. Die Zahl der Reisenden mit weißer Legitimation ist zurückgegangen, 1909: 466, 1910: 427, 1911: 412. Redner gab der Meinung Ausdruck, daß man diese günstige Wirkung wohl mit auf Rechnung der Gegenseitigkeit der Gauzuschüsse setzen könne. Kollege Steinbrück ging sodann auf das Verhältnis mit den Provinzorten ein und erklärte, daß einzelne Mitgliedschaften viel zu hohe Zuschüsse zurückbehalten, was in Zukunft auf alle Fälle vermieden werden müßte. Redner warnte des weiteren dringend davor, Vorschläge irgendwelcher Art zu geben, da in letzter Zeit verschiedentlich Schwindler ihre Gewerbe auch in unserm Beruf und unsrer Organisation, mehrfach mit Erfolg, auszuüben trachteten. Kranke reisende Kollegen seien dem nächsten Krankenhause zu überweisen oder darauf aufmerksam zu machen, daß sie sich an das Verwaltungsbureau in Dresden zu wenden hätten, wo dann das Nötige veranlaßt werde. Auf alle Fälle sei mit Vorschüssen äußerst vorsichtig zu verfahren.

In der Debatte sprach Kollege Wegel (Dresden) über die Arbeit der Maschinenfeuern in Döblin. Eine Dresdner Firma habe das Berechnen eingeführt. Kollege Zahn beantragte im Namen der Revisoren Nichtigprechung der Jahresrechnung und Entlassung des Kassierers, da bei den vorgenommenen Revisionen alles in bester Ordnung vorgefunden wurde. Auf Anfrage des Kollegen Kosschmidt (Freiberg) gab Kollege Döblin Auskunft über den Konflikt der Rotationsmaschinenmeister bei der Scherz- & Klein-, der vollständig selbständig sei. Verschiedene Gausangelegenheiten resp. Anfragen und Wünsche in tariflicher Beziehung wurden noch vorgebracht und besprochen, während Kollege Sille (Zittau) die Erweiterung der Leistungen der Dresdner Witwen- und Waisenkasse diskutiert haben wollte. Kollege Steinbrück warnte dringend davor, daß auch im Gau die Witwen zunehmen und die Ansammlung eines entsprechenden Fonds notwendig sei. Kollege Kosschmidt (Freiberg) wünschte Aufschluß darüber, was auf der Konferenz der drei sächsischen Gaus verhandelt worden sei. Kollege Wendische erklärte dazu, daß es sich hierbei um Stellungnahme zur Tarifrevision handelte, speziell wegen Arbeitsnachweis und Schiedsgericht. Damit war die Diskussion erschöpft und es erfolgte hierauf die einstimmige Genehmigung der Jahresrechnung.

Nach der Mittagspause hielt Kollege Döblin ein Referat über „die Situation im Buchdruckgewerbe“. Wenn unser Verbandsvorsitzender einleitend bemerkte, daß er nicht die Absicht habe, einen historischen Entwicklungsgang zu geben, sondern aus der Situation heraus ein Bild entwerfen wolle, so entsprach der etwa einstündige Vortrag voll und ganz der gestellten Aufgabe. Alle die unterschiedlichen Strömungen im gewerblichen und tariflichen Leben fanden eingehende Würdigung und konnte Kollege Döblin nachweisen, daß trotz aller Anfeindungen unser Verband seinen altbewährten, sicheren Weg gehe. Daß der Tarifgebante im Buchdruckgewerbe festen Boden gefunden, beweise, daß ohne Schmeichelei nennenswerte Erfolge erzielt wurden. Die ganze Situation dränge dazu, mit der Prinzipalität zusammenzugehen, um das zu erhalten, was allerdings ein Teil beseitigt wissen wolle. Anschließend behandelte Kollege Döblin die Generalversammlung des Deutschen Buchdruckervereins und die Kampfstimmung, die unter einem Teile der Prinzipale herrsche. Die Wünsche unserer Mitglieder auf mehr Mitbestimmungsrecht bei künftigen Tarifabschlüssen und Bestimmung der Taktik sei nicht möglich, das müsse den gewählten Vertretern überlassen bleiben. Zeit und Verhältnisse müßten begreifen werden. Eine einige, starke Organisation der Gehilfen, die einen gut fundierten Massenbestand ihr eigen nenne, werde allen Angriffen und Berspitterungsveruchen standhalten. Der reiche Weisfall und der Verzicht jeder Diskussion war wohl der beste Beweis dafür, daß Kollege Döblin das Nötige getroffen hatte. Gauvorsteher Wendische dankte dem Referenten für die instruktiven Darlegungen und ersuchte die Delegierten, im Sinne des Referats in ihren Kreisen zu wirken.

Den Antrag der Mitgliedschaft Ebersbach: Der Gauvorstand wird ersucht, dem Goutag einen Entwurf über die Rechte und Pflichten der Bezirksvereine zur Beschlußfassung zu unterbreiten,

begründete Kollege Jugeit, der beim Gauvorstande das nötige Verständnis für die Wünsche der Bezirksvereine und Provinzorte vermittle. Die Kollegen der umliegenden Bezirksorte seien schwer zu erreichen, und da müßte der Bezirksvorsitzende in der Lage sein, die betreffenden Kollegen aufzusuchen. Die Rechte der Bezirksvereine müßten festgelegt werden, damit man wisse, wie weit man gehen könne. Über den Antrag entwickelte sich eine längere Diskussion, in der die Kollegen Köhler und Juchke (Wagen), Sille (Zittau), Pietsch (Meißen), Rückauer (Großenhain) sich im Sinne des Referenten äußerten. In der Debatte beteiligten sich ferner die Kollegen Schmieber (Weinböhla) und Schröder (Dresden). Kollege Steinbrück machte darauf aufmerksam, daß der Goutag im vorigen Jahre zu einer Vorlage des Gauvorstandes Stellung genommen und beschloßen habe, daß zwei Bezirksversammlungen auf Kosten der Kaufasse abgehalten werden können. Eine anderweite Regelung könne nur auf Grund positiver Urträge geschehen, die auf der Tagesordnung stünden, damit auch die Mitgliedschaft Dresden in der Lage sei, darüber vorher zu diskutieren. Die Kollegen Wendische und Zahn (Dresden) äußerten sich in gleichem Sinne, worauf auf Vorschlag des Kollegen Freitag (Dresden) der Antrag zurückgezogen wurde mit dem Hinweis, daß ein ausgearbeiteter diesbezüglicher Antrag den nächstjährigen Goutag beschäftigen werde.

Den Antrag Pirna: Auslegungen und neue Kommentierungen einzelner Bestimmungen des revidierten Tarifs sind auf tunlichste Art — sei es durch Veröffentlichung im „Korr.“, Beilage zu demselben oder durch Verlesung direkt an die Mitgliedschaften — und so rasch wie möglich den Mitgliedern zur Kenntnis zu bringen, begründete Kollege Gyorgyowitsch, der darauf hinwies, daß der § 6 des Tarifs zu Mißverständnissen geführt habe. Er gab eine ausführliche Darstellung eines solchen Falles und betonte, daß es unbedingt nötig sei, die Vertrauensleute von neuen Kommentierungen sofort in Kenntnis zu setzen.

Un der Debatte beteiligten sich die Kollegen Reichenbach, Schmalz (Neustadt), Steinbrück und Freitag (Dresden). Kollege Döblin hielt es für taktisch unklug, alle Beschlüsse des Tarifamts zu veröffentlichen und empfahl dem Antragsteller die Zurückziehung des Antrags, während Kollege Wendische darauf hinwies, daß, soweit es angängig wäre, neue Kommentierungen den Vertrauensleuten zur Kenntnis gebracht werden sollen. Unter dieser Voraussetzung wurde der Antrag darauf zurückgezogen.

Die Beiträge wurden in alter Höhe belassen. Die Remuneration für die Mitglieder des Gauvorstandes wurde in etwas aufgebessert, und zwar erhalten der erste Vorsitzende 20 Mk. mehr, der zweite Vorsitzende 35 Mk. (dieses Mehr gegenüber dem ersten Vorsitzenden wurde vorgeschlagen wegen gesteigerter Ansprüche bei Erledigung der Geschäfte als Gehilfenvorsitzender des Tarifschiedsgerichts), der Kassierer 100 Mk., in zwei Jahren abermals 100 Mk., und die Revisoren je 15 Mk. mehr.

Für die vorzunehmende Neuwahl des Gauvorstehers und dessen Stellvertreters wurden wiederum Kollege Wendische als erster und Kollege Reichenbach als zweiter Vorsitzender in Vorschlag gebracht.

Der nächste Goutag findet wie bisher in Dresden statt. Beim letzten Punkte der Tagesordnung beklagte sich Kollege Haase (Hadebeul) über die durch den Gauvorstand vorgenommenen Neueinteilung der Wahlbezirke und protestierte gegen die Auseinanderziehung bisher zusammengehöriger Orte. Kollege Wendische erklärte dazu, daß ihm und Kollegen Steinbrück eine böse Absicht ferngelegen habe. Aber durch die Mitgliederzunahme in Großenhain sei eine Neueinteilung notwendig geworden, wobei es allerdings auch der Gauvorstand nicht allen Mitgliederkreisen habe recht machen können.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Nach einem Resümee des Gauvorstehers und der Verlesung des Protokolls wurde der Goutag kurz nach 7 Uhr mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

## Korrespondenzen.

Nachen. In der am 15. Juni stattgehabten Monatsversammlung erfolgte zunächst die Bekanntgabe zweier Zirkulare des Gauvorstandes. Einigen Gewohnheitsrestanten wurde eine Frist bis zum Quartalschluß gestellt, um ihren Verpflichtungen nachzukommen, widrigenfalls Ausschluß erfolgt. Hierauf referierte Vorsitzender A. Wilms über die Vorkommnisse nach der Tarifrevisierung auf organismatorischem und tariflichem Gebiete, besonders darauf hinweisend, in welcher Art und Weise die Prinzipale sich schon jetzt auf die nächste Tarifrevision vorbereiteten. Betreffs der auf der Kölner Kreisversammlung der Prinzipale Rheinlands-Bestfalls erhobenen Beschuldigungen gegen die Verbandsaufstellungen wurde an verschiedenen drastischen Beispielen speziell aus dem Bezirk Nachen nachgewiesen, daß Terrorismustakte gerade von Seiten des Gutenbergbundes und dessen Hintermännern zu verzeichnen waren. Auch wurde die Behauptung, daß die Gehilfen mit ihrer Arbeitsleistung zurückblieben, entschieden zurückgewiesen, da solches bei der in den meisten Betrieben herrschenden Arbeitsweise und der eingeführten Kontrolle vollständig ausgeschlossen sei. Der Vorsitzende schlug vor, der auf der Kölner Mitgliederversammlung angenommenen Resolution einmütig zuzustimmen, welchem Untrage Folge gegeben wurde. Weiter wurde beschloßen,

den sämtlichen Nachener Tageszeitungen die Resolution zur Veröffentlichung einzusenden. In den Kartellberichten, den Kollege Schied erstattete, knüpfte sich eine längere Diskussion. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

**Kz. Bezirk Warmen.** Am 9. Juni tagte in Schwelm unsere zweite diesjährige Bezirksversammlung. Aus dem Bezirke waren anwesend 79 Kollegen und zwei Gäste, was trotz Berücksichtigung der mannigfachen Umstände als eine recht mangelhafte Beteiligung bezeichnet werden muß. Vor Eintritt in die Tagesordnung hieß Vorsitzender Kunz die Kollegen sowie den Bezirksvorsitzenden von Düsseldorf, Kollegen Heinrich Vorn, welcher ein Referat zu dieser Versammlung übernommen hatte, herzlich willkommen. Unter „Vereinsmitteilungen“ wurde zunächst das Andenken von vier im Bezirke verstorbenen Kollegen, des Faktors Gustav Pitsch (Teplich), der Seher Karl Berglar (Elberfeld), August Hamann (Warmen [bisheriger Schriftführer]) und Albert Nolte (Warburg) in üblicher Weise gelehrt. Begleitet wurde in einem Anlagenweiger in Mönchen ertrunken aufgefunden. Nachdem der Vorsitzende das Zirkular Nr. 3 des Gauvorstandes zur Verlesung gebracht hatte; ging er in kurzen Worten auf die letzten Vorkommnisse in Rheinland-Westfalen und speziell auf den Punkt 3 der Resolution, welche auf der Versammlung der Prinzipale des Kreises II in Köln gefaßt worden ist, ein. Dieser Punkt birgt eine durch nichts zu beweisende Verdächtigung der rheinisch-westfälischen Verbandskollegen in sich, die wirklich besser an die Adresse des Gutenbergs gerichtet gewesen wäre. Die Versammlung nahm einstimmig eine vom Vorstand eingebrachte Resolution an, in der gegen die Unterstellung der rheinisch-westfälischen Prinzipale, wonach den dem Verbands der Deutschen Buchdrucker nicht angehörenden Gehilfen das Arbeiten in tarifreuen Druckereien erschwert werde, protestiert wird. Wie man auf Seiten der Prinzipalität zu dieser durch nichts bewiesenen Behauptung komme, sei einfach unerschrocken. Das gerade Gegenteil von dem Behaupteten sei der Fall, denn es werde von bündlerisch-christlicher Seite alles getan, unsern Mitgliedern das Arbeiten in gewissen Druckereien zu erschweren. Zum Punkte „Kassenbericht“ wurde dem Kassierer auf Antrag der Revisoren von der Versammlung Entlastung erteilt. Sodann nahm Kollege Vorn das Wort zu seinem Vortrage: „Die Rechte und Pflichten eines Gewerkschaftsmitglieds in heutiger Zeit“. Redner entledigte sich seiner Aufgabe in einstudierter Rede, und der ihm am Schluß seines Vortrags gependete Beifall bewies, daß er das Richtige getroffen hatte. Der Vorsitzende sprach ihm den Dank der Versammlung aus. Die weiteren Punkte der Tagesordnung wurden schnell erledigt und die ruhig verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

**Wiesfeld.** Die am 8. Juni tagende ordentliche Monatsversammlung beschäftigte sich neben Erledigung lokaler Angelegenheiten auch mit den Vorträgen der Prinzipale des Kreises II zu der Generalversammlung des Deutschen Buchdruckervereins. Die Versammlung erhob gegen den den Verbandsmitgliedern darin gemachten Vorwurf, Terrorismus gegen die dem Verbands nicht angehörenden Gehilfen zu üben, durch einstimmige Annahme einer Resolution entschiedenen Protest. Ausgeschlossen wurden die Mitglieder Ostertag und Dreesbeindiele auf Grund des § 5b des Verbandsstatuts.

**L. Wiesfeld.** (Maschinenfabrikverein.) Die am 16. Juni stattgehabte Quartalsversammlung war infolge der ungünstigen Witterung schwach besucht; vertreten waren außer Wiesfeld nur die Orte Herford und Bad Dünhausen. Unter „Vereinsmitteilungen“ gab der Vorsitzende u. a. kund, daß im Bezirk in neun Orten bei 18 Firmen 43 Segmaschinen stehen; seit Anfang dieses Jahres seien aufgestellt worden: eine Monoline, zwei Mototypes, zwei Victorines, drei Monotypen und zwei Segmaschinen. Von 15 Ende 1911 vorhandenen Firmen mit Segmaschinenbetrieb haben acht die Arbeitszeit der Maschinenfabrik verlängert. Momentan sei in Wiesfeld bei zwei größeren Firmen Maschinenfabrikern wegen Arbeitsmangel gekündigt. Fünf Mitglieder wurden im letzten Quartal aufgenommen. Der Kassenbericht fand Genehmigung. Zu Punkt 3 der Tagesordnung: „Bespredung der Jahresberichte der Maschinenfabrikvereinigungen“, informierte Vorsitzender Böschner in kurzen Umrissen die Versammelten über alles allgemein Interessierende aus den Jahresberichten, nicht unterlassend, an die Mitglieder zu appellieren, stets ihre Verbands- und Spartenmitgliedschaft zu erfüllen. Nachdem man noch diverse technische Bespredungen hatte, kamen unter „Verschiedenes“ zwei Vorkommnisse im hiesigen Bezirke zur Sprache, die es ratsam erscheinen lassen, in Bespreden mit Segmaschinenmonteuren sehr vorsichtig zu sein. In beiden Fällen haben Ungeübte der Monotypenfabrik Kollegen bei ihrem Gehf „angeschwarz“ resp. dies versucht. In einem Falle erhielt der betreffende Kollege die Kündigung.

**Duisburg.** Unsere am 15. Juni stattgehabte fünfte ordentliche Monatsversammlung war von besonderer Wichtigkeit. Galt es doch, gegen die Verdächtigungen eines Teils der rheinisch-westfälischen Prinzipale, die in den Vorträgen zur Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins enthalten sind, energisch Protest einzulegen. Nach Eröffnung der Versammlung widmete Vorsitzender Paletzki unsern verstorbenen Kollegen Robert Kuntel einen warmen Nachruf. Die Aufnahme eines Kollegen wurde einstimmig dem Gauvorstand empfohlen. Die Zirkulare 3 und 4 des Gauvorstandes wurden zur Kenntnis genommen. Weiter kam ein interessanter Fall zur Sprache, der ein sehr beachtenswertes Licht

wirft auf die gewerkschaftlichen Gesinnungen unfreier „feiner“ Ortsvereine u. s. w. Der Kassierer dieses Halbtagungsvereins Hofmann ist der Ansicht, daß die neunstündige Arbeitszeit eigentlich viel zu kurz ist für ein staatsverhaltendes Element. Kurzum, unser „Freund“ fuhr abends nach Geschäftsschluß nach Dörhagen und „mimte“ dort in der polnischen Druckerei von Kamaler sechs Wochen lang von 8 bis 11 Uhr. Er war sogar erbötig, Nachtschichten zu machen, was aber durch das in dieser Druckerei stehende Verbandsmitglied vereitelt wurde. Vor zwei Jahren hat dieser „Sicherheitsventil“-mann auch längere Zeit in einer anderen nichttarifreuen Druckerei nach Geschäftsschluß „gearbeitet“. Zur Deckung der Unkosten, die dem Maschinenmeistervereine durch die veranstaltete Druckausstellung erwachsen sind, wurden ihm als zweite Rate 15 M. bewilligt, wofür Kollege Feuer (Ruhroth) den Dank namens des Maschinenmeistervereins abstellte. Zum zweiten Punkte nahm der Vorsitzende das Wort und ging in längeren Ausführungen auf die Sonderbestrebungen der rheinisch-westfälischen Prinzipale sowie auf ihre besondere Vorliebe zum Gutenbergs ein. Zu den unbeweisbaren Behauptungen, die in den Vorträgen der Prinzipale des Kreises II (Rheinland-Westfalen) zur Breslauer Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins enthalten sind, übergehend, forderte er die Kollegen auf, durch einmütigen Protest diese Unterstellungen zurückzuziehen. In der sich anschließenden regen Debatte kam zum Ausdruck, daß der Gutenbergsbund und die christlichen Gewerkschaften überhaupt durch Terrorismusgegri die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von ihrem wirklichen Kampf gegen Verbandsmitglieder abzulenken versuchen. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution fand einstimmige Annahme.

**Bezirk Düsseldorf.** Eine am 16. Juni abgehaltene Vertrauensmännerkonferenz der sämtlichen Druckereien des Bezirks Düsseldorf nahm Stellung zu der von den rheinisch-westfälischen Prinzipalen beschlossenen Resolution, in welcher der Gehilfenhaft der Vorwurf des Terrorismus und der Leistungshintanhaltung gemacht wird. Nach einer längeren Aussprache, in der diese Vorwürfe auf ihren wahren Wert geprüft wurden, wurde eine Resolution einstimmig angenommen, worin die Vertrauensmännerkonferenz des Bezirks entschieden Verwahrung einlegt gegen den völlig unberechtigten Vorwurf der rheinisch-westfälischen Prinzipale, daß den dem Verbands nicht angehörenden Gehilfen das Arbeiten in tarifreuen Druckereien erschwert werde. Von welcher Seite Terrorismus geübt werde, davon hätten Zeugnis in im letzten halben Jahre zu verzeichnenden Vorkommnisse in einzelnen bestimmten Betrieben abgelegt. Ferner protestierte die Konferenz entschieden gegen den Vorwurf, daß seitens der Gehilfenhaft mit der Arbeitsleistung zurückgehalten werde, da dieses nach dem im allgemeinen eingeführten, laufs feinste ausgeklügelten Kontrollsystem zur Unmöglichkeit wäre.

**F.-Ch.-Eßen.** Unsere Monatsversammlung am 12. Juni konnte wiederum acht junge Kollegen aufnehmen, nachdem in der vorhergehenden schon zehn Neuaufgenommene den Weg zu uns gefunden. Die Gutenbergsbündler hatten das Nachsehen. Ausgeschlossen wurden zwei Mitglieder wegen Nesten. Dann nahm die Versammlung Stellung zu den Vorträgen der Prinzipale des Kreises II zur Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins zu Breslau, die schwere Beschuldigungen und Verdächtigungen der Verbandsmitglieder enthalten. Weiter wandte man sich gegen die anmaßende Bevormundungsmethode der „Eßener Volkszeitung“, deren Chefredakteur Pantamer, der „gegründete“ W.-Zeichner, uns vorschreiben will, welche Referenten wir zu unsern Versammlungen nehmen sollen. Weil nämlich der frühere Reichstagsabgeordnete Sie am 19. Mai in unserer Bezirksversammlung ein Referat gehalten, worin die schwarzen Streikbrechergenerale vom Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter und unsre gelbe Herzbruderorganisation in trefflicher Weise gekentoppt wurden und hierüber der „F.-Ch.“ berichtete, regte sich die W.-Männchen fürchterlich auf, um für den Bund Geschäfte zu machen. Der Herr meint, wenn der Verband wirklich neutral wäre, „dann müßten loyalerweise beide Parteien zu Worte kommen, dann müßte zu dieser Frage beispielsweise auch der Abgeordnete Giesberts gehört werden“. Das kommt Herrn Pantamer-W aber nachher selbst komisch vor und er meint dann: „... der Gedanke ist zu kühn, um auch nur gedacht zu werden“. Na also! Aber nicht zu kühn, nein, sagen wir — um einen ganz gelinden Ausdruck zu gebrauchen — ganz absurd ist der Gedanke, Herr Giesberts in dieser Frage zu hören. Was die Versammlung zu dem Gebahren eines Teils der rheinisch-westfälischen Prinzipalität sowie der „Eßener Volkszeitung“ zu sagen hatte, wurde in einer einstimmig angenommenen Resolution niedergelegt. Darin protestieren die Versammelten als Verbandsmitglieder aufs entschiedenste gegen die in den Vorträgen der Prinzipale des Kreises II zur Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins enthaltene Unterstellung terroristischer Handlungsweise seitens der Verbandsmitglieder gegenüber den dem Verbands nicht angehörenden Gehilfen. Gerade die Prinzipale des Kreises II wären die letzten, die solchen terroristischen Akten ohne Anrufung der tariflichen Instanzen ruhig zusehen würden. In Eßen wie an anderen Orten mit den stärksten Mitgliedsgewerkschaften des Gutenbergsbundes sind weder den Verbands- noch den Tarifunktionen bisher Klagen über solche Terrorismusakte bekannt geworden. Darin allein liegt die Bestätigung der absoluten Haltlosigkeit dieser leichtfertigen Beschuldigung. Zur persönlichen Wertung und Hochachtung der sich selbst als Sicherheitsventilisten bezeichnenden Jesplitterer der gewerkschaft-

lichen Einheit werden sich die Verbandsmitglieder allerdings auch durch die Prinzipalität nicht zwingen lassen. Auch gegen die Beschuldigung der planmäßigen Einschränkung der Arbeitsleistung legten die Versammelten entschiedenen Verwahrung ein. Die durch den Tarif gegebenen Kontrollbestimmungen werden hier wie anderwärts in solcher Schärfe durchgeführt, daß eine künstliche Leistungseinschränkung einfach zu den Unmöglichkeiten gehört. In welcher lächerlicher Weise die in den Vorträgen ebenfalls erwähnten Neutralitätsverletzungen durch die dem Gutenbergsbunde wie einem Teile der Prinzipale im Kreise II nachstehende politische Tagespresse konstruiert werden, dafür lieferte erf. kürzlich die „Eßener Volkszeitung“ ein eklatantes Beispiel. Die Versammelten erklärten, fest auf dem Boden der durch den Tarifvertrag garantierten Neutralität zu stehen; sie würden sich aber die Freiheit ihres gewerkschaftlichen Handelns weber durch die politisch am wenigsten neutralen christlichen Gewerkschaften noch durch den die letzteren begünstigenden Teil der Prinzipalität auch nur im geringsten beeinträchtigen lassen. Hierauf hielt Herr Sekretär M. Kroll vom Bürger- und Arbeiterkonsumverein „Eintrag“ einen interessanten Vortrag über die von den freien Gewerkschaften und Genossenschaften ins Leben zu rufende Volksversicherung, die nicht mehr lange auf sich warten lassen wird. Die Versammlung folgte mit gespannter Aufmerksamkeit den trefflichen Ausführungen des Redners. Die übrigen Punkte betrafen interne Angelegenheiten.

**R. Friedberg-Bad-Nauheim-Bugbad.** Im Anschluß an die in Bad-Nauheim abgehaltene Bezirksversammlung des Bezirks Gießen fand in Friedberg im „Saalbau“ die Feier des zehnjährigen Bestehens des Ortsvereins Friedberg-Bad-Nauheim-Bugbad statt. Der Vorsitzende des Ortsvereins hieß in einer kurzen Ansprache die Erschienenen willkommen und erteilte dem Gauvorsitzer K. Dominé (Frankfurt a. M.) das Wort zur Festrede. Dieser streifte in seiner einstudierten Rede die Entwicklung des Verbandes und insbesondere unfreier Ortsvereins. Seine Rede wurde mit reichem Beifalle belohnt. Das Programm der Feier war sehr reichhaltig: Gesangs- und Konzertvorträge wechselten einander ab und das flottgespielte Theaterstück „Der Buchdruckerstreik“, wurde sehr beifällig aufgenommen. Nach Abwicklung des Programms wurde das Tanzbein geschwungen. Die Feier verlief in allen ihren Teilen harmonisch. Gefessen wollen wir nicht, Kollegen Dominé für seine trefflichen Worte, dem Gesangverein „Gutenbergs“ Gießen und dem Gesangverein „Vorwärts“ Friedberg für ihre schönen Vorträge auch an dieser Stelle Dank abzustatten.

**L. Bezirk Gießen.** Unsere erste diesjährige Bezirksversammlung fand am 9. Juni in Bad-Nauheim statt. Die Feststellung der Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 147 Kollegen, und zwar aus dem Vororte 51 und aus den Bezirkeorten 96. Auch war unser Gauvorsitzer Dominé als „Gast“ anwesend. Unverkennbar waren Wein- und Hungen. Nach kurzer Begrüßungsansprache seitens des Vorsitzenden Hiegeler wurde in die Tagesordnung eingetreten. Er gab zunächst einen Rückblick über das verfloßene Halbjahr und streifte besonders die Einführung des neuen Tarifs. Im allgemeinen ist sie ziemlich glatt vonstatten gegangen, nur in einem Falle, bei der Firma Ehrenkau (Lauterbach), mußte der Gehilfenvertreter vermitteln, und es gelang ihm auch, die Angelegenheit zur Zufriedenheit beizulegen. Die vom Tarifauschusse beschlossene Errichtung eines Arbeitsnachweises für die Provinz Oberhessen und nähere Umgebung mit dem Sitz in Gießen ist bis heute noch nicht zur Tatsache geworden und wird auch bis auf weiteres in der Schwebe bleiben, da die Prinzipale sich noch nicht entschließen können, demselben ihre Zustimmung zu geben. Der gedruckte vorliegende Kassenbericht gab zu Verhandlungen keinen Anlaß, weshalb auf Antrag der Revisoren dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Aus den Berichten der einzelnen Ortsvereine war nichts Wesentliches zu entnehmen. Sodann fand ein Vortrag Gießen seine Erledigung, der besagt, daß das vorhandene Bezirksvermögen bei dem Konsumvereine für Gießen und Umgegend angelegt werden soll. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Verband die sachlich verlaufene Versammlung. Um dem Ganges einen würdigen Abschluß zu geben, sang der Gesangverein „Gutenbergs“ Gießen ein Lied. Sodann lud Kollege Mittich als Vorsitzender des Ortsvereins Friedberg-Bad-Nauheim-Bugbad die Kollegen zu dem am gleichen Tage stattfindenden zehnten Stiftungsfeste, verbunden mit dem Johannisfest, herzlich ein, welcher Einladung auch zahlreich entsprochen wurde.

**Samborn-Margloh.** Unsere am 9. Juni abgehaltene Versammlung hatte sich eines fast vollständigen Besuchs zu erfreuen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Kollegen und Gewerkschaftssekretärs Kuntel (Duisburg), und die Versammelten ehrten das Andenken des alten Kämpfers in üblicher Weise. Dem Kassierer Baum, welcher den Kassenbericht verlas, wurde allgemeiner Dank und Entlastung zuteil. Zwei Neuaufgenommene gelangten zur Aufnahme. Hierauf ergriff unser Bezirksvorsitzender Paletzki (Duisburg) das Wort zu seinem Referat über „Christliche Gewerkschaften und deren Tätigkeit insbesondere in Rheinland-Westfalen“. Der Redner verstand es, diese Gewerkschaften von ihrer richtigen Seite den Anwesenden vor Augen zu führen. Der Dank der Versammlung wurde dem Referenten zuteil. Zum Schluß entspann sich eine lebhaft Diskussion über die Beschuldigung und Verdächtigung des Verbandes und seiner Mitglieder seitens der Prinzipalität des Kreises II, welche in der am 7. Mai

in Köln stattgehabten Versammlung des Buchdruckervereins zum Ausdruck kam. Seitens der Versammlung wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Anwesenheit ihrer Enttötung über diese Verächtigung zum Ausdruck brachte. Es soll versucht werden, diese Resolution in den am hiesigen Ort erscheinenden Zeitungen zu veröffentlichen.

**Heide (Holl.).** Die am 8. Juni abgehaltene Versammlung hätte einen besseren Besuch verdient. Nach Verlesung des Protokolls hielt Arbeitersekretär Lementzow (Tschöke) einen Vortrag: „Die Reichsversicherungsordnung, mit besonderer Berücksichtigung des Krankenversicherungsgesetzes“. In etwa zweifelhafte Ausführungen gab der Referent der Versammlung einen Überblick von den wichtigsten Bestimmungen dieses Gesetzes. Die Versammelten spendeten dem Vortragenden reichlich Beifall. Das diesjährige zehnte Stützungsfest, verbunden mit dem Johannisfest, wird am 22. Juni in Höhe bei Heide gefeiert. Die Festrede hat Gauassessor Bessel (Miel) übernommen. Ferner wurde noch beschlossen, sich wieder an dem diesjährigen Johannisfestdrucksachenaustausch zu beteiligen. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die anregend und interessant verlaufene Versammlung geschlossen.

**Herrdorf.** Die am 15. Juni stattgehabte Monatsversammlung war nicht besonders gut besucht. U. a. wurde beschlossen, auch in diesem Jahre wieder das Johannisfest nach Art der vorjährigen Feiern zu begehen, und zwar am 6. Juli in „Brodmanns Berggarten“. Im weiteren wurde eine Resolution angenommen, worin mit aller Entschiedenheit protestiert wird gegen die Beschuldigung der Verbandsmitglieder durch die Prinzipale des Kreises II, daß den dem Verbands nicht angehörenden Gehilfen das Arbeiten in tarifreuen Druckereien erschwert werde. Nach Erledigung nebenstehender Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

**Kaiserlautern.** (Vierteljahrsbericht.) Die Versammlungen des zweiten Vierteljahres trugen den Stempel der Interesslosigkeit, was sehr zu bedauern ist und nicht dazu beiträgt, das kollegiale Leben und Zusammengehörigkeitsgefühl zu fördern. Trotz aller Anstrengungen der Vorstandschaft, den Versammlungsbesuch durch Vorträge aller Art zu heben, wird dieser immer schlechter. So war die Versammlung vom 20. April, in der Kollege Seering einen Vortrag über „Das vierte Buch der Reichsversicherungsordnung“ hielt, von nur 37 Kollegen besucht und diejenige vom 18. Mai, in der Vorsitzender May über „Die wichtigsten Bestimmungen des neuen Tarifs“ referierte, sogar nur von 34 Kollegen. Das sind wahrhaftig keine ermutigenden Aussichten. Auch die am 9. Juni abgehaltene Bezirksversammlung hätte bedeutend besser besucht sein können, denn nur 65 Kollegen waren anwesend, welche Zahl sich im Laufe der Versammlung auf 72 erhöhte. Von Kirchheimbolanden war ein Kollege erschienen, desgleichen einer von Lauterbach, von Kufel zwei Kollegen; Randstuhl war nicht vertreten. Drei Neuaufnahmen konnten vollzogen werden, während ein Aufnahmegesuch eines nichttarifreuen Gehilfen abgelehnt werden mußte. Auch ein Austritt war zu verzeichnen infolge Übergangs zu einem neuen Beruf. Gauvorsteher Fuhs hielt auf der Bezirksversammlung einen Vortrag über: „Gewerkschaftliche Kritik und Aussichten“. In eindringlicher Weise führte er den Anwesenden die Entfaltung, Entwicklung und schweren Kämpfe der freien Gewerkschaften vor Augen, um dann überzugehen auf die traurige Organisation der Arbeiter, den „christlichen“ Gutenbergsbund. Eine vernichtende Kritik wurde diesem Bunde zuteil. Zum Schluß ermahnte der Vortragende zur Geschlossenheit und Einigkeit in unsern Reihen. Lebhafter Beifall belohnte den Referenten für seinen lehrreichen Vortrag. Das Johannisfest wird durch einen Ausflug nach Zweibrücken anlässlich des 15-jährigen Bestehens des Bezirksvereins Birmausens, der früher zum Bezirke Kaiserlautern gehörte, gefeiert. Hoffentlich beteiligt sich die ganze Mitgliedschaft an diesem Ausflug. Das ist um so eher zu erwarten, als mehr als die ganze Fahrt aus der Bezirkskasse bewilligt ist. Mit dem lebhaftesten Wunsche, daß im Laufe des Jahres sich der Versammlungsbesuch bessern möge, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Rattowitz.** In der Monatsversammlung vom 8. Juni wurden zunächst drei Aufnahmen vollzogen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten kam man auch auf den in Nr. 23 des „Typ.“ erschienenen Artikel „Demagogie“ zu sprechen. Der Verfasser dieses „geistigen Produkts“ gibt sich darin alle erdenkliche Mühe, um in puncto „Wahrheit“ nach echt bündlerisch-christlicher Manier alles bisher Dagewesene zu übertreffen. Der Gipfel der Verlogenheit wird von dem Bundeshelden aber erklommen, indem er wider besseres Wissen unserm Gauvorsteher in einem auf einer Bezirksversammlung in Nikolai gehaltenen Referate die Handlung vündlerisch schief gemacht und so zu einem Tarifruch aufgeführt. Die Versammlung wies diese Behauptung mit großer Entrüstung und Pfürufen zurück, da auch nicht ein einziges Wort von dieser gemeinen Unterstellung gesprochen wurde.

**Reipzig.** (Gaumitgliederversammlung vom 14. Juni.) Kollege Engelbrecht gab zunächst unter „Vereinsmitteilungen“ bekannt, daß nunmehr insgesamt 263 Neuausgelernte ihren Beitritt zur Organisation erklärt hätten. Sämtliche diese Offenen ausgearbeiteten jungen Leute seien also ausnahmslos unserer Organisation zugeführt worden trotz der verwegendsten Anstrengungen, welche das Häuflein Gutenbergsbündler am hiesigen Orte zur Gewinnung von Mitgliedern machte.

Der Drucker Bernhard Johannsen mußte ausgeschlossen werden wegen Verweigerung der Beiträge und weil sich Verweigerung trotz Aufforderung nicht meldete. Seinem Ausschlusse durch Austrittserklärung ist zuvor gekommen der Maschinenseher Willi Ronger, zurzeit Abteilungsleiter bei der Firma Oskar Brandstetter. Ronger hat sich das zweifelhafte Verdienst erworben, einen Kollegen um seine jahrelang innegehabte Konbition infolge Demunzierung gebracht zu haben. Mit der Heimarbeit verschiedener Mitglieder, die als Korrektoren beschäftigt sind, mußte sich der Gauvorstand wiederum beschäftigen. Trotz der klaren Bestimmung im Tarife, wonach Heimarbeit irgendwelcher Art grundsätzlich unzulässig ist, können sich einzelne Korrektoren immer noch nicht an eine gewisse gerechtere Ordnung gewöhnen. Der Vorsitzende erklärte im Anschluß an diese Tatsache, in zukünftigen Fällen müsse die Gaumitgliederversammlung darüber befinden, was mit denjenigen Mitgliedern geschehen solle, die trotz wiederholter Ermahnungen die gerügte Heimarbeit nicht unterlassen. Bezüglich des sogenannten freiwilligen Aussetzens, das gegenwärtig wieder in die Erscheinung tritt, machte der Vorsitzende auf die in Frage kommenden Bestimmungen betreffs Zahlung der Konbitionslofenunterstützung aufmerksam und bemerkte, daß selbst größere Zeitungsbetriebe, die sehr rentabel und kapitalkräftig seien, wie z. B. die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, „Leipziger Tageblatt“, „Leipziger Allgemeine Zeitung“, ihren Personal ein wechselfähiges Aussetzen auf Kosten der gewerkschaftlichen Organisation zumuten. In diesen Fällen würde aber keine Konbitionslofenunterstützung gezahlt und richte sich der Gauvorstand strikte nach dem Zirkulare des Verbandsvorstandes vom 15. März 1909, wonach bei wechselseitigen Aussetzen ganzer Personale oder eines Teils derselben keine Konbitionslofenunterstützung gezahlt werde. Die Firma Hermann sen. ließ ihrem Personale durch die Geschäftsleitung mitteilen, daß der Chef in diesem Jahre nicht in der Lage sei, denjenigen Arbeitern, die länger als drei Jahre im Geschäft tätig sind, einige Tage Ferien zu bewilligen. Begründet wurde die Aufhebung der bisherigen Ferienbewilligung „mit dem jetzt noch zum Teil herrschenden ungesunden Verhältnis zwischen Verleger und Drucker, welches eine Bewilligung von Ferien unmöglich mache“. (Weider hat man auch an einigen andern Orten sich dieses eigenartige Argument erwählt, um dem Mißvergnügen der Prinzipale über den Ausfall der Tarifrevision Ausdruck zu geben. Diese Kurzsichtigkeit ist bedauerlich, denn dadurch wird nur Unzufriedenheit großgezogen. Man wundert sich dann auch noch, wenn die Gehilfen darüber etwas andres als Freude äußern. Wenn das die den Verlegern auf ihr anmaßendes Benehmen zu erteilende richtige Antwort sein soll, dann werden diese Auftraggeber nur noch hegehrlicher werden gegenüber ihren Druckern. Red.) Eigentümlich herrsche es, daß die Leipziger Prinzipale bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit über die Unrentabilität ihrer Betriebe klagen — namentlich vor und nach den Tarifbewegungen —, während unter der Herrschaft der Tarifgemeinschaft doch gerade in Leipzig die Buchdruckerbetriebe sich ziffermäßig und mehr noch bezüglich ihrer Größe kolossal entwickelt haben. Daß auch die Leipziger Prinzipale nicht über zu geringe Druckaufträge klagen können, beweisen zweifellos die fast zur ständigen Einrichtung gewordenen Überstunden in den Maschinenfabriken, das Arbeiten in Doppelstufen usw. Die in der „Leipziger Abendzeitung“ von Nichtbuchdruckern vorübergehend ausgeliehene, mit dem Tarife durchnäht im Einfache stehende Korrektorentätigkeit hat durch eine Aussprache zwischen dem technischen Leiter genannter Zeitung und dem Gauvorstand ihre Erledigung insofern gefunden, als in Zukunft das Korrektorenlernen ordnungsgemäß vor sich gehen wird. Die Ferienangelegenheit der Handseier in den genannten Betriebe soll innerhalb 14 Tagen auch geregelt werden. Die Einhaltung der bundesrätlichen Bestimmungen für Buchdruckereien usw. läßt noch viel nach zu wünschen übrig, deshalb forderte Kollege Engelbrecht auf, in Zukunft alle Fälle auf dem Gaubureau zur Meldung zu bringen, wo die Bestimmungen nicht eingehalten würden. Als Kuriosum erwähnte der Berichtsteller noch, daß die Firma Grotowitsch in Hßch mit einem jungen Seher einen Vertrag abgeschlossen habe, wonach derselbe sich verpflichtet, 200 Mt. Konventionalstrafe an die Firma zu zahlen, sobald er in Hßch oder dem Nachbarorte Gaußsch nach Verlassen der Firma Grotowitsch in Konbition tritt! Mit dem Hinweise, die am 28. Juni stattfindende Gaumitgliederversammlung, in welcher unser alter Verbandskollege, der Reichstagsabgeordnete Philipp Scheidemann über das Thema: „Wie der Reichstag arbeitet“, sprechen wird, zahlreich zu besuchen, waren die Vereinsmitteilungen erschöpft. Nachdem den Arbeitslofen und Invaliden anlässlich der Johannisfeier die übliche Ergänzungsunterstützung bewilligt worden war, hielt Kollege Helmholz einen gut durchgearbeiteten Vortrag über das aktuelle Thema: „Die neuesten Strömungen im Lager der christlichen Gewerkschaften“, wofür ihm durch reiche Beifallskundgebungen am Schluß der Versammlung der Dank ausgedrückt wurde.

**H-n. Ohligs (Hßch).** Am 8. Juni hielt unser Ortsverein seine fällige Monatsversammlung ab, zu der zwei Drittel der dem Ortsverein angehörenden Mitglieder erschienen waren. Unter „Vereinsmitteilungen“ gelangte zunächst ein Zirkulare des Gauvorstandes zur Kenntnis. Weiter befaßte man sich in längerer Debatte mit einer von den Prinzipalen des Kreises II gegen die Verbandsmitglieder erhobenen Anschuldigung, daß den dem Verbands nicht angehörenden Gehilfen das Arbeiten in tarif-

treuen Druckereien erschwert werde. Die Versammlung gab in einer Resolution ihrer Entrüstung über den ungerechtfertigten Vorwurf Ausdruck. Diese Resolution wurde in den hiesigen Zeitungen veröffentlicht. Unter „Verschiedenes“ wurde das als Tagestour geplante Johannisfest noch des längeren besprochen.

**Recklinghausen.** Die am 8. Juni stattgehabte Ortsvereinsversammlung beschäftigte sich u. a. mit dem eigentümlichen Verhalten eines Teils der rheinisch-westfälischen Prinzipalität unsern Verbände gegenüber. Ganz besonders aber protestierte man gegen die grundlose Anschuldigung, daß den nicht im Verband organisierten Gehilfen das Arbeiten in tarifreuen Druckereien erschwert werde. Einstimmig wurde eine dementsprechende Resolution angenommen. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt worden waren, fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Schweidnitz i. Schl.** Die am 15. Juni stattgehabte Versammlung nahm bei ziemlich gutem Besuch einen sehr anregenden Verlauf. Die ersten Punkte der Tagesordnung waren rasch erledigt. Ein Neuausgelernter wurde aufgenommen. Zum Punkte „Johannisfest“ wurde beschlossen, selbiges am 21. Juli mit dem Breslauer Buchdruckerhilfsverein in Ströbel bei Zobten zu feiern. Einige interne Sachen kamen hiernach noch zur Sprache.

**Anna i. W.** Unsere letzte Versammlung (wann? Neb.) befaßte sich mit den Vorträgen der Prinzipale des Kreises II zu ihrer Hauptversammlung. Einleitend gab Kollege Gembuch einen Überblick über die gegenwärtige Situation im Buchdruckergewerbe und ermahnte die Kollegen zur Einigkeit. Sodann gelangte eine Resolution einstimmig zur Annahme, worin die in der Versammlung anwesenden Verbandsmitglieder aus den Druckorten Anna, Kamen, Werl ganz entschieden protestierten gegen die ungerechtfertigte Beschuldigung der organisierten Gehilfen durch die rheinisch-westfälischen Prinzipale, daß den dem Verbands nicht angehörenden Gehilfen das Arbeiten in tarifreuen Druckereien erschwert werde. Zu bedauern ist, daß es gewisse Kollegen, die nicht scharf genug hinter dem Raufen über Versammlungsbeschlüsse urteilen können, nicht für nötig befinden, die Versammlungen zu besuchen.

**Wald (Hßch).** Unsere am 8. Juni stattgehabte Monatsversammlung beschäftigte sich u. a. mit dem von den rheinisch-westfälischen Prinzipalen zu der Breslauer Tagung des Deutschen Buchdruckervereins gestellten Antrag: „Die Delegierten werden ersucht, geeignete Schritte zu unternehmen, um den tatsächlich vorhandenen Mißstand zu beseitigen, daß den dem Verbands nicht angehörenden Gehilfen das Arbeiten in tarifreuen Druckereien erschwert wird.“ Die Versammlung erklärte in dem gestellten Antrag eine schwere Verächtigung der Verbandsmitglieder und protestierte ganz entschieden dagegen. Die Versammlung sprach ferner die Ermahnung aus, daß befürchtete Verächtigungen der Verbandsmitglieder seitens der rheinisch-westfälischen Prinzipale im Interesse des gewerblichen Friedens für die Zukunft unterbleiben.

**Waldenburg i. Schl.** (Maschinensehervereinigung.) Am 16. Juni versammelten sich die Maschinenseherkollegen aus Waldenburg, Bad Salzbrunn, Gottesberg und Striegau, um sich darüber schlüssig zu werden, ob es nicht angängig sei, einen Bezirksmaschinenseherverein zu gründen. Nachdem Kollege Latt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die Notwendigkeit der Sparorganisation beendet hatte, traten alle anwesenden Kollegen der Sparte bei. Beschlossen wurde sodann einstimmig die Gründung eines Bezirksvereins Waldenburg gemäß dem Beschlusse des zweiten deutschen Maschinenseherkongresses. Die Bezirksversammlungen des Vereins sollen mindestens vierteljährlich stattfinden. Nach der Vorstandswahl des neuen Vereins ergriff Bezirksvorsitzender Köchel das Wort, um dem Vereine die besten Wünsche auf den Weg und der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß man immer nur das eine Ziel im Auge haben möge: alles zum Wohl unsres Verbandes. In der nächsten Versammlung werden die Statuten definitiv erledigt; ebenso ist ein Demonstrationsvortrag des Kollegen Ohme über Doppeldecker und Victorine in der Druckerei der „Schlesischen Bergwacht“ in Aussicht genommen.

## Rundschau.

**Ferien!** In der Geschäftsbücherei W. Löwenthal in Bries erhalten die Gehilfen bei bis zu dreijähriger Karenz drei Tage, bei längerer Beschäftigung eine Woche Ferien. — Ohne jede Karenz bewilligte die Hansa-Druckerei (Waldemar Schwarzschild) in Hannover dem gesamten technischen Personale drei freie Tage.

**Bund der Industriellen und Deutscher Buchdruckerverein.** In den großen Ausschuss des Bundes der Industriellen, der bekanntlich eine organisatorische Verbindung von Arbeitgeberverbänden ähnlich dem Zentralverbande der Industriellen nur in etwas gemäßigterer Richtung wie letzterer darstellt und u. a. auch die gesetzgebenden Körperschaften und gewisse politische Parteien im Sinne der Unternehmerinteressen zu beeinflussen sucht, wurde durch Zuwahl der derzeitigen Vorsitzenden des Deutschen Buchdruckervereins Dr. Viktor Klinkhardt in Leipzig berufen. Diese Vertretung deckt sich im wesentlichen mit derjenigen unsres Verbandes in der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands durch den Kollegen Böllin. (Hierzu eine Bild.)

# Beilage zum Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 25. Juni 1912.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 72.

**Festnahme eines internationalen Viatikumpiraten.** In Mexiko gelang es durch die Vorherrschaft des Bezirksvorstehenden, einen Schwindler der Polizei zu überliefern, der auf Grund verschiedener Legitimationspapiere schon längere Zeit die Reisefässe unserer Organisation und wahrscheinlich auch den Metallarbeiterverband brandschagte. Es handelt sich um einen im vorigen Jahre schon auf das Verbandsbuch eines Luigi Levy aus Pola (Friaun) viatizierenden Menschen, der schon verschiedene Mal im „Korr.“ als Schwindler ausgeschrieben worden ist, ohne daß man seiner habhaft werden konnte. Jetzt, nach fast einem Jahre, gelang es erst, ihn bingefest zu machen; seine eigene Frechheit war sein Verderben. Im Meyer Gewerkschaftshause wandte er sich vor wenigen Tagen ausgerechnet an den gerade anwesenden Kollegen Wood und fragte ihn, ob ein Vertreter der Metallarbeiter da sei. W. erkannte ihn sofort wieder als einen unsauberen Kantonisten noch vom vorigen Jahre her, ließ es sich aber nicht anmerken, sondern verneinte die Frage und ging darauf unauffällig zum Birte, den er hat, er möge den Kassierer des Metallarbeiters ersuchen, ihm die Papiere des Verdächtigen zuzulassen zu lassen. Schon nach zehn Minuten war die Sache klar, und nachdem noch einige weitere Kollegen, u. a. auch der Reisefasserverwalter und der Kassierer, den Kunden als schweren Jungen erkannt hatten, wurde seine Verhaftung veranlaßt. Bei seiner Durchsicht auf der Polizeidirektion fand man noch andere Papiere, darunter eine Legitimation auf den Namen Falconi und einen Reisepaß auf den Namen Sonntag lautend; unter den beiden letzteren Namen wurde der Verhaftete erst vor kurzer Zeit vom österreichischen Buchdruckerverband als Schwindler ausgeschrieben. Inzwischen stellte sich noch heraus, daß der Gauner auch von der Staatsanwaltschaft in Greifswald steckbrieflich verfolgt wird. Infolgedessen nahm sich nun die Meyer Staatsanwaltschaft des Burschen an, und es ist zu hoffen, daß damit ein internationaler Hochstapler, der es auf Brandstiftung der Gewerkschaftskassen abgesehen hatte, auf längere Zeit unschädlich gemacht wird.

**Den polnischen Christlichen „Arbeiterfreunden“** im „Stammbuch“ Eine wohlverdiente Abfuhr ließ das „Völkchen-Volksblatt“ über „erklicher“ Tugenden der polnischen Zeitung „Narodowiec“ in Gernie wegen lächerlicher Unbilligkeiten unfreies Verbands zuteil werden. Es handelte sich um die pharisäische Stellungnahme der polnischen Arbeiterzeitung zur Tatfache, daß der bekannte Bergarbeiterführer Hue in mehreren Ortsvereinen dieses Verbandes einen Vortrag hielt, wodurch wiederum der Nachweis erbracht ist, daß unser Verband bis ins Innerste sozialdemokratisch verfaßt sein soll. Diesen jämmerlichen Besetzer setzt nun das „Völkchen-Volksblatt“ u. a. folgende Standrede entgegen: „... Nein, das ist aber auch zu schrecklich, einen Sozi, und wenn er auch Freigewerkschaftler ist, über Organisationsangelegenheiten als Referent in einer Versammlung von Mitgliedern des Verbandes Deutscher Buchdrucker reden zu lassen, ja, was noch schlimmer ist, man ladet nur Sozialdemokraten und nicht auch andere „Völkchenbeglückter ein, um ihnen Gelegenheit zu geben, zu zeigen, daß nicht die Sozials allein Verächter von Arbeiterinteressen sind. Werübigen habe sich auch Herr Kniakowski, denn es ist bisher von polnischer-Unternehmerseite alles getan worden und wird wohl auch ferner geschehen, um die große Zahl polnischer Buchdrucker aus dem gedächten Buchdruckerverbande hinauszubringen. Warum ihnen dies bis jetzt nicht gelungen wollte, und warum die Sozialdemokratie noch nicht vernichtet worden ist, daran wird wohl so mancher Unternehmer schuld sein. Wir wollen nachfolgend nur einiges zeigen, was man nicht tun sollte, um dadurch der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften zu immer neuen Siegen zu verhelfen; man soll z. B. aus dem fernem Osten ohne Not nicht billige und willige Arbeitskräfte heranzuziehen suchen, um ältere Leute und Familienväter auf die Straße zu setzen; nicht dem Grundbesitz hulldigen: Minimum ist Maximum, und dann dem Erbeher für seine Arbeitkraft auch die ihm gebührende Entschädigung nicht entziehen und ihn nicht zwingen, um zu seinem Rechte zu kommen, zum Stabi zu laufen; sowie dafür sorgen, daß sanitär ungefähliche Zustände in Werbetrieben nicht vorkommen, usw. usw. Nur solche Zustände haben die Sozialdemokratie und Gewerkschaften groß und mächtig werden lassen, und so lange werden sie weiterwachsend, wie die gleiche Zustände existieren. Da in mancher polnischer Fuderei vieles zu wünschen übrig bleibt, und dieses die polnischen Buchdrucker zum Denken veranlaßt, so muß es nicht verwundern, daß sie schließlich in dem Verbande der Deutschen Buchdrucker landen, da sie wohl wissen, daß nur dieser für ihre berechtigten Forderungen eintritt und ihnen ein Hort in allen Lebenslagen ist, wohingegen man auf Unternehmerverprechungen auch wenn es Bolen gegen Bolen tun — nichts haben kann, dafür gibt es eine Masse Beweise.“ Wir haben dem nichts hinzuzufügen. Es genügt!

**Vom Nervenheilmittel „Bisnerwin“.** Ein Inserat in Bobachs Modenzeitung in Leipzig war mit dem Titel „Der Mann mit den 365 Krankheiten“ überschrieben. Darin wurde eine Unzahl Nervenbeschwerden aufgelistet und das „Bisnerwin“ als Mittel dagegen angepriesen. Wegen dieses Inserats erhielt dann der für den Inseratenteil Verantwortliche einen Strafbefehl über 100 Mk., weil ein Verstoß gegen eine Ministerialverordnung über den Verkehr mit Heilmitteln vorliege und die Annonce geeignet sei, das Publikum über das Mittel irre zu führen und es zu schädigen. Der Inseratenredakteur beantragte gerichtliche Entscheidung. Die Sachverständigen legten dar, daß erst in 100 Tabletten „Bisnerwin“ soviel Eiweiß enthalten sei als in einem Eidotter. Aber das in dem Mittel noch enthaltene Lecithin wirke nach bisher wenig, es gelte jedoch als die Ernährung anregend. Das Mittel sei aber durchaus kein Heilmittel und die in der Annonce angeführten Krankheiten seien zum Teil sehr schwere und sogar unheilbare. Es sei vor dem „Bisnerwin“ bereits durch Polizeibehörden und Gerichte öffentlich gewarnt worden. Da der Angeklagte wegen eines ähnlichen Delikts noch nicht bestraft war, wurde die Strafe auf 50 Mk. herabgesetzt.

**Kaufmannschaft und Innungsmindestpreise.** In den Kreisen der Handwerker sind bekanntlich Bestrebungen im Gange, den § 100 q der Gewerbeordnung aufzuheben, der es den Zwangsinnungen verbietet, ihre Mitglieder in der Festsetzung der Preise zu beschränken. Nun haben sich die Ältesten der Berliner Kaufmannschaft ebenfalls mit der Frage beschäftigt und sind zu einer entscheidenden Ablehnung der Forderung auf Aufhebung des § 100 q der Gewerbeordnung gelangt. Die Ältesten erklären in der Festsetzung von Mindestpreisen durch eine Zwangsorganisation einen Eingriff in die Gewerbefreiheit, den man heute für gänzlich ausgeschlossen halten sollte. Aus der Begründung der ablehnenden Haltung interessieren noch folgende Sätze: Wenn freie Innungen Mindestpreise festsetzen wollen, so ist rechtlich dagegen nichts einzuwenden; wer sich daran nicht beteiligen will, kann austreten. Diese Möglichkeit besitzt das Mitglied der Zwangsinnung nicht und; wenn auch vermutlich im Falle der Aufhebung des § 100 q die Möglichkeit für eine Beschränkung gegen die zwangsweise Feststellung bestimmter Mindestpreise geschaffen werden wird, so ist damit doch keine irgendeine nennenswerte Erleichterung gegen solche Eingriffe von Konkurrenten in die privatwirtschaftlichen Angelegenheiten der einzelnen Betriebe gegeben. Dazu kommt, daß die den Fabrikbetrieben verwandten Betriebe in den Zwangsinnungen vermutlich überall in der Mindepreissetzung zu finden werden. Es würde also dahin kommen, daß selbst wenn für die Beschlässe zur Festsetzung von Mindestpreisen eine qualifizierte Mehrheit nach § 100 t der Gewerbeordnung eingeführt würde, die große Anzahl der kleineren, eigentlichen Handwerksbetriebe der kleineren Anzahl der großen, mehr nach modernen Grundrissen arbeitenden Betriebe die Einhaltung bestimmter Mindestpreise beim Verlaufe vorzuziehen würde. Das wäre natürlich ein Zustand, der eine gesunde Weiterentwicklung des Gewerbes Lebens unmöglich machen würde. Die Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin sprechen sich daher auf das entschiedenste gegen die Aufhebung des § 100 q der Gewerbeordnung aus.

**Ein Bäckerartell.** Die Konkurrenzämpfe innerhalb der Händlerkreise sind im allgemeinen vorübergehender Natur. Recht bald finden sich die feindlichen Brüder zu einträchtigem Tun wieder zusammen. Das trifft auch auf die Auseinandersetzungen zu, die dann und wann etwa bei Bäckern und Fleischern beobachtet werden können. Als im Sommer vorigen Jahres die Brotfabrikanten Hannovers sich in wildem Konkurrenzampfe befandeten, legte doch recht bald bei ihnen der Friede wieder ein, als eine bessere Ergründung der Konjunktur einwirkte. Sie hatten sich all der üblichen Mittel bedient, um sich gegenseitig Abbruch zu tun. Der Preis für das Brot war herabgesetzt worden. Das Gewicht des Brots stieg von 7 auf 9 Pfund für 1 Mk. Ganz anders wurde die Sache dann, als sie sich zu einem Schutz- und Trutzbündnisse zusammenschanden. Rein äußerlich betrachtet, stellt dieses Bündnis der Hannoverischen Brotfabrikanten nichts anderes dar, als der Krieg sowohl gegen Gewerkschaften als auch gegen die Brotkonsumenten Hannovers. Die Brotfabrikanten bestimmten in dem abgeschlossenen Gesellschaftsvertrage, daß Brot und Semmeln an Widerverkäufer in Hannover und in einem Umkreise von 25 km an Kaufleute, Händler, Wirtschaften und Pensionen nicht unter 44 Pf. resp. 88 Pf. verkauft werden durften. Konventionalkraft waren festgesetzt, um eine Übertretung des Gesellschaftsvertrags zu ahnden. Das Gewicht der einzelnen Brote sollte jeweilig den Betreibern und Mehlpreisen entsprechend durch Beschluß der Gesellschafter festgesetzt werden. Daß das Vorgehen der Brotfabrikanten auch auf die Konsumenten abgesehen war, ergibt sich aus den unmittelbaren Folgen des Vertragsabschlusses. Kaum war der Vertrag im Februar 1912 geschlossen, so ging

das Brotgewicht ganz bedeutend zurück. Während man am 1. Januar 1912 in Hannover für 1 Mk. 8 Pfund bis 8 Pfund 400 Gramm Brot kaufen konnte, bekam man am 1. Juni für die gleiche Summe nur noch 7 Pfund 200 Gramm bis 8 Pfund Brot. Das Nahrungsmittelartell war demnach in Tätigkeit getreten. Eine zweite Frage ist es allerdings, ob sich die Hannoverischen Brotkonsumenten diese Tätigkeit des Nahrungsmittelartells gefallen lassen werden. Der Hannoverische Konsumverein ist dabei, eine moderne eingerichtete Bäckerei zu errichten, und die Ergründung hat noch immer gesagt, daß Konsumvereinsbäckereien sehr wohl in der Lage sind, eine fühlbare preisregulierende Wirkung auszuüben. Wenn die Brotkonsumenten Hannovers die Bedeutung genossenschaftlicher Eigenproduktion zu ermessen in der Lage sein werden, woran übrigens nicht zu zweifeln ist, so ist es ziemlich sicher, daß die Preisdiktatur der Hannoverischen Brotfabrikanten in der Tätigkeit des Konsumvereins seine Grenzen finden wird.

**Roms Sieg über die christlichen Gewerkschaften.** Nachdem die „Christlichen“ W. Stabacher Richtung noch bis in die letzten Tage hinein dem Papste bewiesen haben, daß ihre Christlichkeit und ihre Achtung vor der kirchlichen Autorität purer Schwindel waren und sind, hat nun Rom abermals gesprochen und durch die päpstliche Punktatur in München verkünden lassen, daß der Papst Einstellung jeder weiteren öffentlichen Diskussion seiner Kundgebungen verlange und es dem Heiligen Stuhl überlassen bleibe, die Gewerkschaftsklagen mit den deutschen Bischöfen zu regeln. Das heißt also nichts anderes, als daß für den Papst die Sache erledigt ist. Die weitere Durchführung seines Willens gegenüber den christlichen Gewerkschaften wird Sache des Merus sein, der die Sache auf kaltem Wege zwar langsam aber sicher zum Abschluß bringen wird, was infolge der anarchischen und keiserlichen Tiraden der „christlichen“ Gewerkschaftsführer im Anschluß an die letzten päpstlichen Kundgebungen vom rein kirchlichen Standpunkt aus außerordentlich leicht fallen dürfte. Daran wird der neuste Beschluß des Vorstandes vom Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften; die Absicht der Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses fallen zu lassen und an den „bisherigen bewährten Grundrissen gewerkschaftlicher Vereinigung“ festzuhalten, nicht das geringste ändern. Denn es liegt in Selbstinteresse der katholischen Kirche, in dieser Frage konsequent zu bleiben, wenn sie nicht ihre treuesten Anhänger in den katholischen Arbeitervereinen stütz und unsicher machen will, was gleichbedeutend mit einer Lockerung der kirchlichen Disziplin nach allen Seiten wäre. Diesen höheren kirchlichen Interessen werden die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften geopfert werden, und jede weitere Gehorsamsverweigerung der Stengewalt, Giesberts, Trefft und Genossen wird die Fadenstimmigkeit ihres religiösen Gewissens nur noch verhängnisvoller für sie werden lassen. Es ist ein wohlverdientes Schicksal, von dem am letzten Ende jeder Heuchler heimgesucht wird wie nach einem Naturgesetze.

**„Staatserhaltende“ als Straßenpächern.** Vor einigen Tagen verübte ein Trupp Arbeitswilliger der Waggonfabrik in Görlitz reguläre Überfälle auf Streikposten und gänzlich unbeteiligte Straßenpassanten. Sie hatten sich in einem Nachtcafé festgesetzt. Als drei vom Bahnhof kommende Streikposten, die abgelöst worden waren, den Weg in die Stadt nahmen und auf der andern Seite der Straße an dem Café vorübergingen, stürzten an 20 dieser Nondys heraus, überfielen die Streikposten und hieben mit ihren starken Stöcken in fürchterlicher Weise auf sie und die ihnen in den Weg kommenden Passanten ein, so daß das Blut in Strömen floß. Von den drei am ärgsten Mißhandelten, die sich auf der nächsten Unfallstelle verbinden lassen mußten — zwei wurden danach ins Krankenhaus überführt —, sind zwei Personen, die am Streik überhaupt nicht beteiligt sind. Einem von diesen Geschlagnen ist außer einer Anzahl Wäcker, die ihm in den Kopf gehauen wurden, das Nasenbein zertrümmert worden. Wie mitgewordene Posten haben diese Wäcker gekauft. Die Polizei war machtlos gegenüber diesem Gesindel. Am demselben Morgen haben dann die Streikbrecher einen Überfall auf die in der Nähe der Fabrik friedlich stehenden Streikposten unternommen. Nach Räuberart stürzten sie (nur mit Hofe und Gomb bekleidet) aus einer neben dem Fabrikstore befindlichen kleinen Tür, die bisher immer von den Arbeitern nicht benutzt werden durfte, und hieben mit ihren Knütteln auf die Streikposten ein, von denen einer schwer verletzt wurde. Weiter wurden am Tag und in der Nacht Passanten von herumstreifenden Kugelmännern angefallen und bedroht. Ein Wertmeister wurde angebrüllt: „Wat guckst du, Hornochse, ich habe dir den Schädel ein!“ Ein Spaziergänger, der gegen Mitternacht nach Hause kam, wurde von zwei Kugelmännern angefallen und bedroht: „Wir suchen Streikposten; es sind acht Mann

draußen, wenn wir die erwischen, sind sie alle geliefert.“ Und für solche Menschen bemühen sich gegenwärtig viele Köpfe, um ein besonderes Schutzgesetz für sie zu schaffen!

**Wirksame Bekämpfung der Reklame an Eisenbahnstrecken in Frankreich.** Die garstige Streckenreklame, die besonders in Frankreich in ganz unfinnigem Maße vorherrscht und ganze Landschaften verschandelt, soll nun durch ein spezielles Steuergesetz, das dieser Tage der französischen Deputiertenkammer vorgelegt wurde, bekämpft werden. Der neue Gesetzesentwurf legt auf die Streckenreklame eine so bedeutende jährliche Steuer, daß sie wohl gänzlich unmöglich werden dürfte. Die Steuer beträgt jährlich 50 Fr. für den Quadratmeter bei einem Plakate, das kleiner als sechs Quadratmeter ist. Sie beträgt 100 Fr. für den Quadratmeter für Reklameplakate, die sechs bis zehn Quadratmeter haben, 200 Fr. für den Quadratmeter für die Plakate von zehn bis zwanzig Quadratmetern, 400 Fr. für den Quadratmeter für die Reklamen, die über 20 Quadratmeter groß sind. Diese Steuern werden verdoppelt, wenn auf der Tafel zwei verschiedene Annoncen stehen, verdreifacht, wenn die Tafel drei Reklamen enthält und vervierfacht, wenn sie deren noch mehr enthält. Um ein Beispiel zu nennen: Eine Reklame von 21 Quadratmetern, auf der vier Annoncen stehen, würde viermal 8400 Fr., also 33200 Fr. jährlich an Steuern zu bezahlen haben. Die Reklame an Häuserwänden bleibt jedoch erlaubt, so daß alle Dorfkirchen mit der Anpreisung der Vorzüge von Bouillons beschmiert werden können. Das Gesetz, das in der Kammer eine Majorität haben wird, soll rückwirkende Kraft auf alle schon stehenden Reklamebilder haben.

**Briefkasten.**

Fr. B. in G.: 1. Das die Ferien Unbelangende wird von uns bei einem andern Artikel baldigt verwendet, da der Tatbestand einwandfrei feststeht. 2. Die sonstigen örtlichen Klagen müssen wir aber dem Ortsvorstande zur Erörterung überlassen. Wir haben nämlich nicht die besten Erfahrungen gemacht, wenn einzelne Kollegen die

örtlichen Verhältnisse kritisieren. Sind wirkliche Mängel vorhanden, so bringe man sie in einer Ortsvereinsversammlung zur Sprache, dann können sie in dem Versammlungsbericht in der gebotenen Form erwähnt werden. Wir lehnen deshalb auch konsequent ab, wenn die Parteien über lokale Unzulänglichkeiten tariflicher oder organisatorischer Natur sich im „Korr.“ auslassen wollen. Derartige Sachen gehören vor das Forum der Gesamtmittelgliedschaft, und auch dann sind die im „Mitgeber“ für Verbandsfunktionäre gegebenen Winke zu beachten. 3. Über die Jubiläumsangelegenheit wird ja sowieso berichtet werden. Wir müssen alle, der korrekten Behandlung im allgemeinen wegen und um Unstimmigkeiten mit dem örtlichen Vorstande zu vermeiden, von der Aufnahme Ihres Artikels absehen. — G. E. in Halle: „Der Inzeratenlag“. Von G. E. mit 20 Beispielen. 1. Nr. Ferner: „Etwas über das Inzerat“. Reklameschriftenübersicht und Anwendungen in Inzeraten. Von Karl N. 1. Nr. — J. G. in Essen: Gegenwärtig einige Zeit verreis; sonst Halle a. S., Harz 42/43. — D. St. in Döbeln: Nr. 71 war schon stereotypiert als Ihre Karte eintraf. — W. W. in Essen: 2,50 Mk. — G. E. in Dresden: 2,75 Mk.

**Druckfehlerberichtigung:** Im Leitartikel der vorigen Nummer muß es in der dritten Spalte, neunte Zeile von unten, statt „nicht beträchtlichen“, „nicht unbedeutenden Teil“ heißen.

**Verbandsnachrichten.**

Verbandsbureau: Berlin SW 2, Chamißplatz 5 II. Fernsprecher: Amt Kurwürst, Nr. 1914.

**Abresenveränderungen.**

**Werdau.** Vorsitzender: Hans Eisen, ab 1. Juli Bismarckstraße 29.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In **Altenburg** der Seher Rudolf Keller, geb. in

Zwickau-Böbitz 1892, ausgel. in Zwickau 1911; war noch nicht Mitglied. — E. Sturm, Ubelheidstraße 14 II.

In **Dresden** 1. der Drucker Wulff Schmidt, geb. in Nieder-Ziebar (Schlesf.) 1889, ausgel. in Leipzig 1909; 2. der Galvanoplastiker Philipp Deutsch, geb. in Seddenheim b. Mannheim 1894, ausgel. in Mannheim 1909; waren noch nicht Mitglieder. — F. Steinbrück, Mathildenstraße 7 I.

In **Erlangen** der Drucker Richard Reichenbach, geb. in Erlangen 1886, ausgel. in Erfurt 1903; war schon Mitglied. — In **Günzburg** der Seher Joseph Funf, geb. in Söflingen 1894, ausgel. das. 1912; war noch nicht Mitglied. — Joseph Seig in München, Holzstraße 24 I.

In **Kirchhain** (Sachsen) die Seher 1. Jaan Binzmann, geb. in Nappell (russisches Gubernement Esthland) 1888, ausgel. in Reval 1906; 2. Paul Pantalon, geb. in Utzungen (Livland) 1888, ausgel. in St. Petersburg in 1905; waren noch nicht Mitglieder. — A. Beck in Kottbus, Schwanstraße 1 II.

In **Köln** die Drucker 1. Peter Heinen, geb. in Düsseldorf 1880, ausgel. in Bonn 1897; 2. Samuel Margulics, geb. in Kuanitz (Österreich) 1888, ausgel. in Frankfurt a. M. 1906; waren schon Mitglieder. — F. Müller, Gereonshof 28.

In **Rudowa** der Drucker Heinrich Jensen, geb. in Wien 1893, ausgel. in Berlin-Nickensberg 1912; war noch nicht Mitglied. — Fritz Köchel in Wadenburg in Schlesien.

In **Radißge** II der Maschinenseher Emil Spier, geb. in Mottenmünster b. Rottweil 1894; ausgel. in Rottweil a. M. 1911; war noch nicht Mitglied. — G. Wulff in Konstanz, Wiesenstraße 21.

**Versammlungskalender.**

- Gieselsfeld.** Maschinenmeisterversammlung Sonnabend, den 29. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant A. Sonnen, Breite Straße 16.
- Staus.** Versammlung Sonnabend, den 6. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Bahnhofshotel Samers“.
- Kottbus.** Versammlung Sonnabend, den 29. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Hotel am Schloß“.

**Berliner Korrektorenverein.**

Am **Sonntag, dem 30. Juni**, vormittags 11 Uhr, findet eine gemeinschaftliche **Besichtigung der genossenschaftlichen Ausstellung** im „Clou“ statt. Die Herren Kollegen werden gebeten, sich mit ihren wertigen Damen recht zahlreich daran zu beteiligen. Sammelort im Vereinslokal. Aufbruch von dort pünktlich 10 1/2 Uhr. Einlaßkarten a 10 Pf. gelangen im Sammlungslokale zur Ausgabe. Gäste willkommen. **Der Vorstand.** [541]

**CAMERAS**

aller Systeme, neueste Modelle, nur erstklassige Fabrikate, mit Objektiven von Goerz, Meyer usw. In allen Preislagen, erhalten Sie von uns **gegen bequeme Monatsraten ohne Anzahlung**

**5 Tage zur Probe**

mit bedingungslosem Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen. **Illustr. Camera-Katalog gratis**

**Bial & Freund, Postfach 388/207 Breslau** [447]

**Erster Stereotypneur.**

Der in Nr. 68 ausgeschriebene Posten ist inzwischen besetzt worden und sagen wir den Herren Bewerbern für ihre Bemühungen besten Dank. [540]

Verlagsanstalt des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine von **Heinrich Kaufmann & Co., Hamburg.**

**Wir verschenken 100 Exemplare in Mappe**

von unserer mit 60 geschmackvollen erstklassigen Satz- und Druckvorlagen ausgestatteteten **Sammlung von Akzidenzen!** Gegen Bestattung der Selbstkosten und der Portoauslagen von insgesamt 1,50 Mk. expedieren wir, soweit die zur Verfügung stehenden 100 Exemplare reichen, die Bestellungen in der Reihenfolge des Eingangs.

Strebsame Setzer, denen die Vergünstigung in erster Linie zugeordnet ist, und die auf ein Exemplar dieser Sammlung reflektieren, wollen dies umgehend mitteilen an **Julius Mäser, Vorlagebuchhandlung, Leipzig.**

**Theaterstücke für Buchdruckereien.** Besonders zu empfehlen: **Die Meistergräfin.** Epilode in zwei Akten mit Gesang und Tanz von Otto Meyer. (Schon der Zartbesessenen attestiert geworden.) [548] **Der stille Zeilhaber.** Lustspiel von G. Schmitz-Edel.

Anschicksexemplare von beiden Stücken je 50 Pf. — Katalog (auch über andre Theaterstücke) kostenfrei. **V. A. Siegl, München, Holzstr. 7.**

**Schreiben Sie noch heute**

und verlangen Sie die von Angerstein & Lange verfaßte Broschüre [546] **Anleitung zum Abfassen von Bewerbungsbriefen** (zum Preise von 65 Pf. einzeln. Porto). Dem stollenden Buchdrucker sowohl als auch für diejenigen, welche ihre Stellung zu wechseln beabsichtigen, ist dieses Hilfsbuch mit den verschiedensten Mustern von Bewerbungsbriefen unentbehrlich. **Verlag Julius Mäser, Leipzig.**

Zum 40jhr. Bestehen des Verbandes erschienen: **Eichtung von Festhymne** von **Verbandshymne** kompon. von **A. Schwoichert** mit kleiner Orchester- oder auch Pianofortebegl. **Verlag Radell & Hille, Leipzig.**

Am 19. Juni verstarb nach langer Krankheit unser lieber Kollege, der Drucker **Paul Casteel** aus Aachen, im Alter von 85 Jahren. Ein ehrendes Andenken wird ihm stets bewahrt. **Der Bezirksverein Aachen.** [539]

Am 19. Juni verschied nach längerem Kranksein infolge eines Lungen- und Magenleidens im Alter von 56 Jahren unser lieber Kollege, der Setzer **Johannes Rademacher** aus Koblenz. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Verbandskollegen der Buchdrucker- (Frodebeul & Koonen (s. Essener Volkszeitung“). [538]

**Herr Christian Karl Behlert** geboren 1885 zu Stedtingen bei Meiningen, wurde am 19. Juni von seinem langen, schweren, mit Geduld und echtem Buchdruckerhumor ertragenen Leiden durch den Tod erlöst. Dies sollen seinen vielen Bekannten in der Nähe und Ferne tief betrübt mitteilen. **Leipzig, Gorberstr. 82, den 20. Juni 1912** Anna verw. Behlert, Lisbeth Behlert.

Für unsere **Abteilung Buchdruckerei** suchen wir zum möglichst **balbigen Eintritt** einen **ersten Akzidenzseher.** Es wollen sich nur Herren melden, welche einen künstlerisch durchgebildeten Geschmack haben und besonders im Zeichnen von Entwürfen Hervorragendes leisten. Bei zufriedenstellenden Leistungen ist die Stellung eine dauernde und gutbezahlte. — **Pensionsberechtigung.** Gest. Offerten, denen ein kurzer Lebenslauf, Zeugnisabschriften sowie selbstgefertigte Entwürfe und Muster beizufügen sind, richte man mit Angabe des Gehalts an die **Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann & Co., Hamburg.** [549]

Infolge wesentlicher Vergrößerung unseres Betriebes suchen wir tüchtige **Fertigmacher und Höhehobler, Hand- und Kompletzgießer** in dauernde, angenehme Kondition. Ferner für unsere Hausdruckerei einen **erstklassigen Maschinenmeister,** der an peinlich sauberes Zurichten gewöhnt ist, gute Farbenkenntnisse besitzt und durchaus selbständig arbeitet. Außerdem **zwei tüchtige Akzidenzseher** mit reifem Geschmack, die künstlerische Drucksachen selbständig entwerfen können. Nur erste Kräfte wollen unter Angabe der Gehaltsansprüche, des Alters und der seitherigen Tätigkeit Offerte einreichen. [537] **Schriftgießerei Ludwig & Mayer** Frankfurt am Main.

**Buchdruckerei** Berlin, gutgehend, krankhaltshalber zum Materialversto zu verkaufen. Offerten Postlagerkarte 331, Berlin O 2. [543]

**Für Anfänger!** Kl. Druck. m. Motorbel. u. Inzeratenbl. 1,75 Mk. vert. Anzahl. 4500 Mk. Df. mit Mühen. unter V 59 267 an Hausenstein & Wöglar, Leipzig. [542]

**Monotypgießer** durchaus perfekt und zuverlässig, mit mehrjähriger Praxis. für Leipziger Druckerei gesucht. Offerten unter Nr. 523 an die Geschäftsstelle D. W. erbeten.

**Tücht. Handmaschinengießer** für Küstermann-Maschine sofort gesucht. [547] **A. Bahle Böhm, Weimar.**

**Grüßte Teilerinnen** finden dauernde Beschäftigung bei der **Schriftgießerei Otto Sed, Berlin, Dresdener Straße 109.** [548]

**Tüchtiger Metzeur** fletter Inzeraten, Zeitungs- und Wertseher (12 Jahre im Zeitungsbetriebe), 35 J. alt, verhe. seit 1910 in leit. Position. Sucht Stellung in Berlin. Eintritt n. Übereinst. Gest. Off. unter „Postlagerkarte 40“, Berlin 88, erbeten. [527]

**H. MATHAEUS DESSAU** Flössergasse 46 **Katalog gratis u. fr.**